Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmaack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die 6gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig. Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407.

Nr. 139. — Halle, Freitag den 9. November 1917. — 1. Jahrgang.

Bürgerkrieg in Petersburg

In den Straßen Petersburgs knattern abermals die Maschinengewehre. Der Bürgerkrieg ist entbrannt. Diesmal auf breiterer Grundlage als in den Tagen des 16. bis 18. Juli d. J. Der linke Flügel der Sozialisten, der sich inzwischen wesentlich verstärkt hat, macht Front gegen die Regierung Kerenski, die haltlos zwischen der Revolution und dem Krieg einhertaumelt und immer noch dem Wahn anhängt, sie könne zu gleicher Zeit die größte Staatsumwälzung aller Zeiten und den größten aller Kriege durchführen.

Die Bolschewiki, der linke Flügel der Sozialisten, beherrschen seit einiger Zeit den Arbeiter- und Soldatenrat Petersburgs. Sie haben vor einigen Tagen einen militärischen Ausschuß eingesetzt und den Truppen der Hauptstadt und ihrer Umgebung mitgeteilt, daß sie keinen militärischen Befehlen zu gehorchen hätten, die nicht vorher die Billigung ihres militärischen Ausschusses gefunden hätten. Das unter Kerenskis Befehl stehende amtliche russische Telegraphenbureau gibt diesen Beschluß und den Versuch zu seiner Durchführung in der folgenden Form wieder:

In der Nacht zum 4. November erschienen die Mitglieder des Ausschusses beim Generalstab und verlangten das Recht, alle seine Befehle zu kontrollieren und an seinen militärischen Beratungen teilzunehmen. Der Oberbefehlshaber der Petersburger Truppen, Oberst Polkownikow, lehnte dieses Ansuchen ab. Der Arbeiter- und Soldatenrat berief daraufhin alsbald eine Versammlung von Abgeordneten der Garnison ein, die an alle Regimenter durch Fernsprecher ein Telegramm versandte, in dem es hieß, die Truppen hätten einzig solchen Befehlen zu gehorchen, die vom militärischen revolutionären Ausschuß unterzeichnet seien. Zugleich ließ der Arbeiter- und Soldatenrat Truppen mit Maschinengewehren zu seinem Versammlungsort kommen. Am 5. November abends entschied sich eine Vollsitzung der vorläufigen Regierung dahin, den Ausschuß als eine ungesetzliche Einrichtung zu betrachten, und stellte den Militärbehörden anheim, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, falls eine Revolte gegen die Regierung erfolgen sollte.

Der Petersburger Sowjet — Arbeiter- und Soldatenrat — beugte sich dem Befehl der vorläufigen Regierung nicht. Im Gegenteil, er gab den ihm anhängenden Truppen den Befehl, der Regierung nicht zu gehorchen. Die Regierung ihrerseits ordnete an, daß die Brücken zwischen den Arbeitervorstädten und dem Zentrum der Stadt zerstört werden sollten, um das Eindringen der Arbeitertruppen in das Innere Petersburgs zu verhindern.

Entweder ist aus der

Zerstörung der Newabrücken

nichts geworden oder die Sprengungen sind zu spät erfolgt. Das englische Bureau Reuter versendet wenigstens aus Petersburg vom Mittwoch folgende Depesche:

Eine Abteilung Marinesoldaten unter dem Befehl des revolutionären Ausschusses der Maximalisten besetzte die Geschäftsräume der amtlichen Petersburger Telegraphen-Agentur, die Telegraphen-Zentrale, die Staatsbank und das Marineministerium, wo der Rat der Republik tagt, dessen Sitzungen angesichts der Lage aufgehoben wurden. Bis jetzt wurden keine Unruhen gemeldet mit Ausnahme einiger Fälle von Apachentum.

Der Rat der Republik ist das kürzlich zusammengetretene Vorparlament. Vor dieser Körperschaft hat am Dienstag

Kerenski noch eine scharfe Rede

gegen die „Landesverräter" gehalten, die nach ihm auf der äußersten Linken wie der äußersten Rechten sitzen, und deren Bekämpfung und Einkerkerung mit Waffengewalt er in Aussicht stellte. Er sprach Sätze wie diese: „Die Regierung will lieber den Tod erleiden, als auf die Verteidigung von Ehre, Sicherheit und Unabhängigkeit des Staates verzichten. Die Parteien, welche es wagen, in diesem Augenblick die Hand gegen den Willen des freien russischen Volkes zu erheben, drohen gleichzeitig, den

Deutschen die Front zu öffnen.

Alle Handlungen dieser Art sind zugleich zu unterdrücken."

Die Befehlsgewalt Kerenskis ist anscheinend durch die Ereignisse der letzten Tage arg eingeschränkt worden. Das Reutersche Telegramm zeigt, daß am ersten Tage des offnen Kampfes nicht die Regierungstruppen, sondern die bewaffneten Anhänger der Bolschewiki die Oberhand gewonnen haben. Andernfalls wären die dort gemeldeten Besetzungen wichtiger Zentralpunkte der Stadt nicht möglich gewesen.

Damit ist noch nicht gesagt, daß die Revolutionäre, die den Frieden wollen, um die Revolution durchführen zu können, in der Hauptstadt schon den Sieg errungen hätten. Es kann noch leicht ein Umschwung kommen und der Straßenkampf dasselbe Ende nehmen, das ihm im Juli beschieden war. Aber gleichviel wie der Bürgerkrieg ausgehen wird, die Vorgänge sind wichtig genug, um sie im Zusammenhang mit den Juli-Ereignissen kritisch zu würdigen und die innern Zusammenhänge darzustellen, die den Lesern im Lärm und Strudel der Kriegsereignisse verlorengegangen sein werden.

Die Ereignisse seit dem Ausbruch der Revolution im März gruppieren sich um

drei Strömungen:

die Kadetten und die Militärpartei, welche eine bürgerliche Republik herstellen und den Krieg im Entente-Sinne fortsetzen wollen; die Bolschewiki, welche die Diktatur der Arbeiterklasse und den Frieden auf revolutionärer Grundlage, vielleicht auch unter Bruch mit den Alliierten, anstreben; die Richtung Kerenski, Skobelew, Zeretelli, welche durch diplomatische Mittel die Alliierten für den Vergleichsfrieden gewinnen und dazu Rußland stark und kampffähig machen möchte. Herrschend waren seit der Revolution die Gedanken der letztgenannten Gruppe, aber ohne klare Scheidung vom Kadettenprogramm. Tereschtschenko, der Ententist, und Skobelew, der Friedensfreund im Sinne Stockholms, sollten gemeinsam zur Konferenz der Alliierten nach Paris fahren.

Der Bolschewiki-Aufstand vom 16. bis 18. Juli war der erste gewaltsame Versuch, die Revolution auf den Gipfel zu treiben. Die

Kornilow-Affäre

nach der Moskauer Staatskonferenz ein Gegenschlag der bürgerlichen Kreise, um sie rückwärts zu schrauben. Jetzt ist der Kampf aller gegen alle ausgebrochen. Die bürgerlich-kapitalistischen Elemente haben seit den ersten Novembertagen offenbar die Absicht verfolgt, sich mit Hilfe eines besser vorbereiteten Kornilow-Putsches, an dessen Spitze diesmal die Generale Brussilow, Rußki und Alexejew standen, dauernd der Gewalt zu bemächtigen. Ihr Opfer ist der Kriegsminister Werchowski, der vor einigen Tagen zum Rücktritt gezwungen wurde. Demgegenüber suchte der Petersburger Sowjet, den gegenwärtig die Bolschewiki, Trotzki, Lenin und Zinowjew leiten, sich der Soldatenmassen zu vergewissern. Darüber ist der

offene Kampf ausgebrochen.

Ueber die Aussichten läßt sich nach den mangelhaften Nachrichten, über die wir in Deutschland verfügen, natürlich nichts sagen. Die Reutersche Meldung aber deutet an, daß die Kräfteverhältnisse sich seit den Julitagen wesentlich verschoben haben. Damals war von den Bolschewiki oder Maximalisten nur eine friedliche Demonstration geplant gewesen; es war nicht ihre Schuld, daß trotzdem Blut vergossen wurde. Jetzt ringen sie mit der Gruppe Kerenski von Anfang an um die ganze öffentliche Gewalt in der Hauptstadt.

Der Wandel, der sich seit dem Juli vollzogen, wird noch deutlicher, wenn wir eine Darstellung der damaligen Ereignisse und ihrer Folgen zur Vergleichung mit den heutigen Vorgängen geben. Die Bolschewiki waren damals noch eine kleine Minderheit; sie haben inzwischen in den großen Städten und Industriezentren die Mehrheit erlangt.

Während die Mehrheit der Sozialisten, die Menschewiki, die Sozialisten-Revolutionäre, die Volkssozialisten und die Arbeitsgruppe sich nach der siegreichen Revolution auf den Boden der Zusammenarbeit mit der liberalen Bourgeoisie stellten, forderten die Bolschewiki die Uebernahme der gesamten Regierungsmacht durch den Arbeiter- und Soldatenrat, den Sowjet. Als das erste Koalitionsministerium zustande kam, dem zehn bürgerliche und sechs sozialistische Minister angehörten, blieben die Bolschewiki in Opposition. Sie erblickten in den sechs sozialistischen Ministern nur Geiseln des Sozialismus in den Händen der Bourgeoisie, die dazu dienen sollten, die Sozialisten für die Politik des in seiner Mehrheit bürgerlichen Ministeriums mit verantwortlich zu machen. Auf der andern Seite konnte der Arbeiter- und Soldatenrat, mit dessen ausdrücklicher Zustimmung die Sozialisten dem Koalitionsministerium beigetreten waren, nicht mehr mit der gleichen Unabhängigkeit und Schärfe seine Kontrolltätigkeit jenem Kabinett gegenüber ausüben wie ehedem der Miljukow-Gutschkow-Regierung gegenüber. Waren es doch die eignen Parteigenossen, die für die Handlungen und Unterlassungen dieses neuen Ministeriums mit verantwortlich waren, und von denen man wußte, daß sie ihr möglichstes taten, um die liberalen Kollegen vorwärts zu treiben. Die letzteren dachten aber gar nicht daran, ernsthaft für den Frieden und das Volkswohl zu arbeiten. Und so kam es denn, daß die Regierung immer mehr und mehr in die

Sackgasse der Halbheiten,

Widersprüche und Unklarheiten geriet. Weder vermochte sie, die verbündeten Regierungen zu veranlassen, der Friedensformel des Arbeiter- und Soldatenrats beizutreten, noch die wirtschaftlichen Nöte im Innern zu beseitigen, noch den Ausbau sozialpolitischer Reformen nennenswert zu fördern. Da die Koalitionsregierung weder in der äußern noch in der innern Politik greifbare Erfolge zu erzielen vermochte, und es immer offenbarer wurde, daß die Kadetten den Sozialisten ununterbrochen Steine in den Weg legten und durch passive Renitenz deren Kräfte lähmten, gewann unter den Massen immer mehr die Ueberzeugung an Boden, daß, da es mit den Kadetten nicht ginge, es gegen die Kadetten gehen müßte.

Bereits am 24. Juni planten die Bolschewiki auf dringenden Wunsch zahlreicher Regimenter und Fabriken die Veranstaltung friedlicher

Straßendemonstrationen,

in denen der Uebergang der ganzen Regierungsgewalt in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrats gefordert werden sollte. Der Arbeiter- und Soldatenrat mißbilligte aufs schärfste das Vorhaben der Bolschewiki, untersagte für die Dauer von 3 Tagen die Veranstaltung irgendwelcher Demonstrationen und erklärte einen jeden, der diesem Verbot zuwiderhandeln sollte, für einen Feind der Revolution. Die Bolschewiki protestierten zwar gegen das Verbot, legten Verwahrung ein gegen die ihnen unterschobenen Motive der Revolutionsfeindlichkeit, fügten sich aber dem Mehrheitsbeschluß, nachdem ihnen erklärt worden war, daß die Anhänger der Gegenrevolution die Manifestation zu ihren dunkeln Zwecken ausnutzen wollten, und sagten die Demonstration ab.

Die Stimmung der Massen blieb indes nach wie vor erregt. Der

Unwille stieg,

als Kerenski mit seinen Offensivplänen im Arbeiter- und Soldatenrat trotz aller Warnungen der Bolschewiki durchdrang. Die Bolschewiki wurden Tag für Tag von der bürgerlichen Presse mit einer Flut von Beschimpfungen und Verdächtigungen überschüttet, als sie schonungslos die gegenrevolutionäre Minierarbeit des Miljukowschen Anhangs aufdeckten. Schon erschien der unvermeidliche Burzew auf der Bildfläche und erklärte in einem sensationell aufgebauschten Artikel, er würde demnächst eine ganz besondre aufsehenerregende Enthüllung machen. Verschiedene Freunde, denen er sein Material vorgelegt hätte, wären mit ihm der Ansicht gewesen, daß die Veröffentlichung erst zu einem spätern Zeitpunkt erfolgen dürfte. Es handelte sich um die Entlarvung eines Mannes, der seit vielen Jahren die größte Wertschätzung und Achtung in Rußland und im Ausland genieße. Man war natürlich auf Vermutungen angewiesen und war überzeugt, daß es sich nur um einen der führenden Bolschewiki handeln könne.

Inzwischen waren Zeretelli und Tereschtschenko aus Kiew zurückgekehrt, wo sie über die ukrainische Frage verhandelt hatten. Die Ukraine hatte ihre Unabhängigkeit erklärt, eine eigne Regierung gebildet. Unverzügliche Verhandlungen mit der „Rada", der ukrainischen Volksvertretung, waren ein Gebot der Notwendigkeit geworden, sollte Rußland vor den schlimmsten Folgen dieser Unabhängigkeitserklärung bewahrt bleiben. In dieser ungeheuer schwierigen Situation benutzten die Kadetten die ukrainische Frage als Vorwand, um

der Regierung ein Bein

zu stellen. Sie traten zurück mit der Begründung, sie könn-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171109-13/fragment/page=0001

ten dem großen Entgegenkommen der Ukraina gegenüber nicht beipflichten, obwohl sie doch genau wußten, daß die von Terestschenko und Zereteli eingeräumten Zugeständnisse nach Lage der Dinge überhaupt nicht zu umgehen waren. Selbst die liberale Presse konnte nicht umhin, diesen Schritt der Kadetten auf das schärfste zu mißbilligen. Die Wut über diesen Rückenschuß der Kadetten, die Erbitterung über die inzwischen — Anfang Juli — eröffnete Offensive in Galizien löste ernste und schwere Unruhen aus.

Am Nachmittag des 16. Juli ruhte bereits die Arbeit auf den großen Werken von Leßner, Gebr. Nobel und Parviainen. Das 1. Maschinengewehr-Regiment, das Grenadier-Regiment, später das Paul-Regiment, das Regiment Moskau und das finnische Regiment schlossen sich der Demonstration an. Am 17. Juli ruhte die Arbeit in ganz Petersburg. Eine Reihe von Regimentern weigerte sich, den Befehlen der Regierung nachzukommen, die Kronstädter Matrosen und Soldaten mit dem Bolschewiki Roschall an der Spitze trafen in Petersburg ein. Es kam zu

blutigen Zusammenstößen

zwischen den Truppen der Regierung, die vom Arbeiter- und Soldatenrat rückhaltlos unterstützt wird, und den Demonstranten. Dieser Bürgerkrieg kostete nach den russischen Blättern 56 Tote und 650 Verwundete.

Auf die Dauer erhielten die Regierungstruppen das Uebergewicht. Den Palast der Primaballerina Kschessinska, einer frühern Geliebten von Nikolaus 2., in dem das Hauptquartier der Bolschewiki war, finden sie geräumt, die Peter- und Paul-Festung nehmen sie nach regelrechter Belagerung durch die Kapitulation der Besatzung ein. Nahezu sämtliche Führer der Bolschewiki werden verhaftet, die Entwaffnung der Demonstranten wird durchgeführt, und allmählich die „Ruhe und Ordnung" wiederhergestellt. Die friedlich gedachte Demonstration hatte ihr blutiges Ende erreicht.

Es erübrigt noch, eine Darstellung der Ereignisse und Entwicklung seit diesen wichtigen Julitagen zu geben. Das soll morgen geschehen. Vielleicht liegen nach vierundzwanzig Stunden Meldungen vor, die Schlüsse auf den Ausgang des jetzigen Bürgerkriegs in Petersburgs Straßen gestatten. Der Kampf steht ja erst in seinen Anfängen. Die nächsten Tage werden aufdecken, wer der Stärkere ist. Es kann heute nicht mehr als ausgeschlossen gelten, daß diesmal die Bolschewiki siegen werden. Was für die Friedenssache natürlich von der größten Bedeutung sein würde. —

Lehrreiche Beispiele.

Immer deutlicher teilt sich das ganze deutsche Volk in zwei Heerlager. Auf der einen Seite die überwiegende Mehrheit der Bürger und Arbeiter, die die Demokratisierung des Reiches und das offene, unzweideutige Bekenntnis zu einem Frieden ohne Eroberungen und ohne Kriegsentschädigungen will; auf der andern die „kleine, aber mächtige Partei", die die Parlamentarisierung der Reichsregierung und die Demokratisierung des Preußischen Landtags bekämpft und immer noch von der Niederwerfung der gegen Deutschland und Oesterreich verbündeten Völker, von Annexionen in West und Ost träumt. Die Partei der Kriegsverlängerer stützt sich vornehmlich auf die schwere Industrie und auf die Junker, auf den Fabrikfeudalismus des Westens und den Agrarkapitalismus des Ostens. Aber wenn es ihr noch immer gelingt, sich gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes zu behaupten, so verdankt sie dies vor allem der raffinierten Art, in der sie sich des Namens und der Telegramme bekannter und beliebter Generale zu bedienen weiß.

Es hat überall, bei zumal in Preußen stets eine

besondere Politik

gegeben, die mit den dauernden Lebensinteressen des Volkes und des Staates immer wieder in Widerspruch geraten ist. Aus der besonderen Aufgabe, dem besonderen Beruf des alten Militärs ist es leicht zu begreifen, daß er alle Fragen des Krieges und des Friedens anders beurteilt als andre Sterbliche. Dem Volk ist der Krieg bittere Not, dem Feldherrn ist er höchste Betätigung seiner Persönlichkeit. Dem Heerführer ist der Sieg Selbstzweck, dem Staatsmann ist er nur ein

Mittel für politische Zwecke.

Schon Fürst Bismarck hat in seinen „Gedanken und Erinnerungen" davor gewarnt, „einer militärischen Ressortpolitik den entscheidenden Einfluß auf die Staatspolitik einzuräumen".

Es ist sehr nützlich, sich früherer Beispiele des Gegensatzes der „militärischen Ressortpolitik" zur allgemeinen Staatspolitik zu erinnern. Denn die Geschichte ist dazu da, aus ihr zu lernen.

Als im Jahre 1866 das preußische Heer vor Wien stand, entbrannte im preußischen Hauptquartier in Nikolsburg ein sehr heftiger Kampf zwischen Bismarck und den Generalen. „Allen Generalen war", so erzählt Bismarck selbst, „die Abneigung gemeinsam, den bisherigen Siegeslauf abzubrechen"; Bismarck dagegen wünschte den Krieg zu beenden, dessen Zweck bereits erreicht war. Die Generale wünschten, daß König Wilhelm an der Spitze seiner Truppen in Wien einzöge; Bismarck bekämpfte diesen Plan: es sei töricht, Oesterreichs Empfindlichkeit durch den Einzug in seine Hauptstadt zu verletzen und es sich dadurch für immer zu verfeinden. Die Generale wollten einen Teil Deutschböhmens und Oesterreichisch-Schlesiens annektieren; Bismarck wünschte einen Verständigungsfrieden mit Oesterreich: Preußen solle weder österreichische Gebiete fordern, noch Oesterreich eine drückende Kriegsentschädigung auferlegen. Es ist Bismarck sehr übel ergangen, weil er,

ein „Flauer und Schwacher",

sich den siegesberauschten Generalen tapfer entgegenstellte. König Wilhelm, Moltke, die Generale höhnten den „Onestenberg im Lager". In dem Kriegsrat vom 23. Juli wurde der große Staatsmann so gekränkt, daß er sich tief verletzt in ein Nachbarzimmer zurückzog und dort von einem Weinkrampf befallen wurde. Am folgenden Tage behandelte ihn der König so, daß sich Bismarck mit Selbstmordgedanken trug. Und als Bismarck seinen Willen schließlich durchsetzte, bekundete ihm Wilhelm 1. noch im letzten Augenblick seine Ungnade. Auf die Eingabe, in der Bismarck dem König die Bedingungen des Nikolsburger Friedens vorschlug, schrieb Wilhelm 1.: „Nachdem mich mein Ministerpräsident vor dem Feinde im Stiche läßt und ich hier außerstande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohn erörtert und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in den sauren Apfel zu beißen und einen

so schmachvollen Frieden

anzunehmen."

Es ist alles schon dagewesen! Damals war es der große Moltke, heute sind es — Tirpitz und andre. Damals sagte man Bismarck nach, daß er seinen König „vor dem Feinde im Stiche" lasse; heute klagt man die Reichstagsmehrheit des Vaterlandsverrats an. Ein „schmachvoller Friede" hieß es damals; der „Scheidemann-Friede", der „Hungerfriede" heißt es heute. Aber das ganze Deutschland muß es Bismarck heute danken, daß er vor der Militärpolitik nicht zurückgewichen ist. Wo wäre heute das Deutsche Reich, wenn Bismarck Oesterreich nach dem Rezept der Generale gedemütigt, es Napoleon 3. in die Arme gejagt, eine französisch-österreichische Koalition gegen Preußen zusammengeschweißt hätte? Preußen hat es nicht bedauert, daß Bismarck im Jahre 1866 der Generalspolitik widerstanden hat.

Auch am Ende des Krieges 1870/71 gab es ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen Bismarck und Moltke. Bismarck wollte damals nur die deutschen Gebiete Elsaß-Lothringens dem Reiche einverleiben; er verstand sehr wohl, daß das junge Deutsche Reich niemals Ruhe an der Westgrenze haben wird, wenn es französischen Boden Frankreich entreiße. Aber den Generalen galt diese Erwägung nichts: sie sahen nur die strategische Bedeutung von Metz und bestanden darum auf der Forderung, die große Festung mit ihrer von Franzosen besiedelten Umgebung dem Reiche einzugliedern. Der Streit endete anders als 1866. Bismarck gab nach, die Feldherrenpolitik triumphierte.

Noch ein drittes Mal hat Bismarck die „militärische Ressortpolitik" offen bekämpfen müssen. Als Rußland im Jahre 1888 große Truppenmassen an seiner Westgrenze ansammelte, wünschten die deutschen Generale einen

„Präventivkrieg" gegen Rußland.

Deutschland sollte sofort loschlagen, statt abzuwarten, bis Rußland die Stunde zum Angriff wählt. Damals hielt Bismarck seine große Rede gegen den Vorbeugungskrieg, die größte Rede, die der redegewaltige Mann je gehalten hat. Daß jeder General den Krieg wünschte, fand Bismarck begreiflich; „er würde beinahe aufhören, ein brauchbarer Soldat zu sein, wenn er nicht den Krieg wünschte und an seinen Sieg darin glaubte". Aber der Staatsmann dürfe sich den Wünschen der Generale nicht beugen; er dürfe einen Krieg nur dann führen, wenn mit dem Kriege „alle, die ihn mitmachen, alle, die ihm Opfer bringen, kurz und gut, die ganze Nation einverstanden ist". Durch diese Rede hat Bismarck die Kriegsgelüste niedergeschlagen, die Kriegsgefahr beseitigt. Wie recht er gehabt, hat die Geschichte gezeigt: der Krieg, den die Generale im Jahre 1888 für unvermeidlich erklärt hatten, ist nie geführt worden; Bismarcks Widerstand hat der Welt für ein Menschenalter den Frieden erhalten. Abermals hat die Erfahrung gezeigt, daß Deutschland gut beraten war, als es sich der Militärpolitik widersetzte.

Moltke war ein großer Feldherr. Aber in dem einen Falle, in dem seine Politik über die Bismarcks gesiegt hat, war es kein Glück für Deutschland wie für die Welt; in den beiden Fällen, in denen seine Politik der Staatskunst Bismarcks unterlegen ist, war es ein Glück für das deutsche Volk wie für alle Völker. —

Was der Krieg bringt.

44000 Tonnen.

Amtlich werden folgende neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer bekanntgegeben:

14 Dampfer, 2 Segler mit rund 44000 Bruttoregistertonnen.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich die bewaffneten tiefbeladenen englischen Kriegsmaterial-Transporter „Pera" (7635 Tonnen) und „Collegian" (7237 Tonnen) sowie der bewaffnete italienische Truppentransporter „Valparaiso" (4930 Tonnen), der samt dem ihn sichernden italienischen Hilfskreuzer „Porto Maurizio" auf der Reede von Maria Suia (westlich Derna) vernichtet wurde.

Versuche der feindlichen Schiffahrt, sich mit länger werdender Dunkelheit durch nächtliches Fahren unsern U-Booten zu entziehen, blieben erfolglos. Mehrere der versenkten Dampfer wurden in Nachtangriffen, andre aus ungewöhnlich stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. An den gemeldeten Erfolgen ist Oberleutnant zur See Steinbauer in hervorragender Weise beteiligt. —

* * *

Eroberungslust?

Die politische Unruhe, die durch die ersten Schwierigkeiten der neuen Regierung Hertling hervorgerufen wird, verschärft sich ganz bedeutend durch Gerüchte die über die Beratungen des letzten Kronrats in Umlauf gesetzt worden sind. Würden sich diese Gerüchte bestätigen, so müßten die Personenfragen, über die auch noch am Mittwoch voll Eifer verhandelt worden ist, für die Sozialdemokratie zu nichts zusammenschrumpfen. Denn eine Regierung, die sich zu einem Programm des Annexionismus bekennt, müßte für die Sozialdemokratie ein Gegenstand schärfster Bekämpfung sein, ganz gleichgültig, ob zwei, ein oder gar kein Fortschrittler in ihr Platz nehmen.

Es wird behauptet, daß auf österreichischer Seite der ernste Plan besteht, den jungen Kaiser Karl zum König von Polen zu machen. Das neue Polen soll mit Galizien vereinigt und so an Stelle der bisherigen zweiteiligen Monarchie eine dreiteilige geschaffen werden. Für den Machtzuwachs der Habsburger sollen die Hohenzollern entschädigt werden, indem ihnen das „Großfürstentum Litauen" und das „Herzogtum Kurland" zugeschlagen werden soll.

Wie sich die deutsche Regierung zu diesen Plänen stellt, ist nicht bekannt. Würde sie ihnen zustimmen, so wäre das selbstverständlich ein vollkommener Bruch mit der Politik, die bisher unter der Devise

„Uns treibt nicht Eroberungslust"

betrieben wurde.

Was hier geplant sein soll, ist Annexion in ihrer schärfsten Form: Annexion noch vor dem Frieden. Solche Annexionen sind schon deshalb ein politisch unverantwortlicher Akt, weil, solange der Krieg dauert, kein Mensch wissen kann, ob sie auch gehalten werden können. Die Annexion, die bei dem Friedensschluß erfolgt, hat wenigstens die äußere Form einer Verständigung. Sie ist als Landabtretung und Einverleibung der Form nach ein beiderseitiger Willensakt. Die Annexion eines besetzten Landes noch vor Friedensschluß bedeutet dagegen ein absolutes Diktat des Siegers und wirkt daher auf den betroffenen Gegner noch viel schärfer. Sie reizt ihn, seinen Revanchekrieg aufzunehmen, noch ehe der Eroberungskrieg des andern abgeschlossen ist. Ganz abgesehen von der grundsätzlichen Frage der Macht- oder der Rechtspolitik muß daher eine während eines unabsehbaren und noch unentschiedenen Krieges vorgenommene Annexion als ein Akt der höchsten politischen Unklugheit bezeichnet werden.

Würde die deutsche Regierung diesen Weg gehen, so könnte nicht die Rede davon sein, daß die Sozialdemokratie auch nur einen Schatten von Mitverantwortung mit ihr tragen wollte. Die Sozialdemokratie müßte dann eine Stellung einnehmen, die niemand über ihre schärfste Verurteilung einer solchen Regierungspolitik im Zweifel lassen könnte. In den Kreisen des Reichstags hat man aber von der angeblich geplanten völligen Schwenkung der deutschen Politik bisher kein Sterbenswort erfahren. Es läßt sich nicht gut denken, daß man auch diesmal wieder beabsichtigen sollte, den Reichstag vor vollendete Tatsachen zu stellen. Denn dann wäre die Methode, mit der jene neue Politik in Szene gesetzt werden würde, nicht minder vorurteilenwert als sie selbst. Eine Klärung dieser Angelegenheit, die, um es nochmals zu sagen, viel wichtiger ist als alle Personenfragen, darf wohl in kürzester Frist erwartet werden. —

* * *

Im Zentrum.

Trotz aller Beschwichtigungsversuche geht der Streit um die Friedens- und Kriegszielfrage im Zentrum weiter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171109-13/fragment/page=0002

und nimmt sogar immer schärfere Formen an. Auf der Provinzialtagung der westfälischen Zentrumspartei in Hamm wurde die „Mehrheitsrichtung" im Zentrum heftig angegriffen.

Führer der Opposition war der Reichstagsabgeordnete Graf Galen, der sich gegen die interfraktionellen Besprechungen wandte, die nichts andres seien als tatsächliche Parlamentarisierung. Giesberts müßte zur Ordnung gerufen werden, weil er den neuen Freiheitsbund in Berlin mitbegründet und in Frankfurt bei einer gemeinsamen Kundgebung der Mehrheitsparteien für das parlamentarische System geredet habe; ebenso der Abgeordnete Becker, der in der Verfassungskommission für die Aufhebung des § 9 der Verfassung gestimmt habe. Das preußische Wahlrecht gehe den Reichstag überhaupt nichts an. Wenn früher vom Zentrum das gleiche Wahlrecht gefordert worden sei, dann hätte keine Gefahr bestanden, es zu erreichen. Das sei aber heute anders.

Domkapitular Professor Rosenberg (Paderborn) stellte sich als eingeschriebenes Mitglied der Vaterlandspartei vor; ihr Statut habe ihn geradezu begeistert. Das gleiche Wahlrecht lasse ihn kalt. Dann griff er die Friedensentschließung des Reichstags aufs schärfste an. Das Zentrum müsse sich an die Konservativen anlehnen. Seinetwegen könnten die Sozialdemokraten die Kriegskredite verweigern, da ihre Annahme nicht von deren Zustimmung abhängig sei. Das gleiche Wahlrecht werde kirchenfeindlichen Zielen Vorschub leisten, und das Zentrum habe dann leider dazu mitgeholfen!

Ein Versuch, eine ausgleichende Entschließung durchzudrücken, mißlang und die erregte Versammlung ging ohne offiziellen Abschluß auseinander.

Die Oeffentlichkeit wird besonders die vom Grafen Galen vertretene politische Moral interessieren, nach der seine Partei — mit Rücksicht auf die Volksstimmung — gewisse freiheitliche Forderungen vertreten darf, solange nicht die „Gefahr" besteht, daß sie Erfolg haben. Wird das Zentrum einen Abgeordneten, der solche Anschauungen propagiert, weiter in seinen Reihen dulden? —

* * *

Ein Denkmal der Hausfrau!

Der Leiter des konservativen Kopenhagener Blattes „Politiken" hat im Oktober eine Reise durch Deutschland gemacht und schildert in einem sehr anschaulichen Bericht seinen Lesern die Eindrücke, die er hier gewann. Zunächst natürlich die Ernährungsschwierigkeiten. Wir geben aus dem objektiven, in der Mitte des Oktober geschriebenen Artikel nach dem „B. T." einige besonders interessante Stellen wieder:

„. . . . Wir kommen abends ohne Verspätung in Berlin an. Die Straßen liegen im Halbdunkel, man sieht fast keine Autos und die Pferde vor den Droschken sind unterernährt. Der Automobilmangel rührt von dem Mangel an Gummi her. (Wenn man ein paar Galoschen mit sich führt, muß man gut auf sie achtgeben und sie z. B. nicht in eine Theatergarderobe stellen.) Der Lichtmangel ist wie in Kopenhagen dem Mangel an Brennmaterial zuzuschreiben. Die Theater sollen um 10 Uhr schließen, die Restaurants um 11½ Uhr. Jede Heizung privater Wohnräume war bis zum 15. Oktober verboten.

Die Entbehrungen, denen die Deutschen jetzt unterworfen sind, können auch einen Dänen nachdenklich machen. Sollte der Krieg nur noch ein Jahr dauern — und das scheint ja möglich —, so werden wir auch in Kopenhagen diese Entbehrungen zu spüren bekommen. Man nimmt daher als Däne mit furchtgemischtem Interesse Kenntnis von diesen Einschränkungen, indem man sich fragt: Werden wir das moralische Rückgrat und die Stärke der Deutschen haben, um eine gleiche Krise zu ertragen?

Daß es nicht leicht zu leben ist, wird man verstehen, wenn man hört, daß die meisten Haushaltungen fast ohne Butter, Fett, Weißbrot, Zucker, Kaffee, Tee und Schokolade geführt werden müssen. Die Fleischrationen sind klein und an fleischlosen Tagen ist jeder Fleischgenuß verboten. An Zigaretten ist noch immer Ueberfluß, aber die Zigarrenverkaufsstellen sind von 12 bis 3 Uhr geschlossen. Nur fünf Zigarren werden zurzeit an einen Käufer verabfolgt. . . .

In Deutschland herrscht — abgesehen von der neugebildeten Vaterlandspartei — keine Begeisterung für den Krieg, aber alle sind sich darin einig, daß die Zähne zusammengebissen werden müssen, und daß durchgehalten werden muß. „Durchhalten" ist das Feldgeschrei; in dieser Hinsicht ist von einem Wanken nichts zu spüren. . . .

Die Schwierigkeiten zeigen sich nicht an den Fronten, sondern zu Hause, wo Teurung, Handelsstillstand und Lebensmittelmangel das soziale Leben lähmen. Bei näherer Betrachtung erweist sich aber das Bild etwas heller als man es bei zufälligem Besuch findet. Derjenige, der sich mit den, auf die amtlichen Lebensmittelkarten erhältlichen Sachen begnügen muß, ist wahrlich schlecht gestellt; aber die meisten Deutschen verstehen sich Erleichterungen auf Umwegen zu verschaffen. Auf dem Lande sind die Verhältnisse nicht so schlimm wie in den Städten. Im Kriegsernährungsamt behauptet man, daß das Minimum bereits erreicht sei und die Verhältnisse sich bessern werden, da die wegen eroberten Gebiete Rumäniens und Rußlands nunmehr wissenschaftlich bebaut und behandelt würden.

Die Stimmung im Reichstag erinnert etwas an diejenige, die in unserm Reichstag kurz vor dem Systemwechsel herrschte. Nach der Botschaft des Kaisers über die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen ist es klar, daß eine Parlamentarisierung der Regierungsformen des Kaiserreichs bevorsteht. Die Luxburg-Angelegenheit und die Bombenaffäre in Christiania haben gleichfalls allerlei gelehrt. Charakteristisch ist daß die Vaterlandspartei, die bei ihrer Bildung Reichstagswahlen verlangte, jetzt nichts mehr davon hören will. Eine Wahl würde sich sicher eine überwältigende Mehrheit für einen Frieden ohne Annexionen bringen, ein Standpunkt, den die Regierung im Prinzip ja auch angenommen hat. Noch ist die Reichstagsmehrheit nicht fest zusammengeschweißt, aber eines schönen Tages wird es geschehen sein. Neue, fortschritts- und friedensfreundliche Führer werden die Zügel ergreifen und einen Verständigungsfrieden bringen.

Wenn der Friede kommt, wird das dankbare Vaterland Hindenburg Unter den Linden ein Denkmal errichten. Es ist aber noch jemand, der ein noch größeres Monument verdient hat: die deutsche Hausfrau. Geduldig, ohne Klage, hat sie mehr als irgendein andrer die Bürden des Krieges getragen. Gegen sie erst mußte die ganze Welt auf die Beine gebracht werden. Sie ist bleich, sie friert, sie hungert, aber sie hält durch. Der stärkste Eindruck, den ich von meiner kleinen Reise mitnehme, ist die Erinnerung an dieses leidende und doch so energische Angesicht.

An den Fronten mag's toben, die deutschen Städte mögen von Fliegern beschossen werden, Deutschland behält seine Ruhe, seine Genügsamkeit, seinen Fleiß — drei Eigenschaften, die sich in dieser harten Zeit vereinigt haben, um einen großen Menschen aus der kleinen deutschen Hausfrau zu machen." —

* * *

Notizen.

Versenkung eines amerikanischen Patrouillenschiffs. Aus Washington wird amtlich gemeldet: Das amerikanische Patrouillenfahrzeug „Alcedo" wurde am Montag in der Kriegszone von einem U-Boot versenkt. Ein Offizier und 20 Mann werden vermißt. —

*

Deutschlands Angebot an Frankreich. Trotz der mehrfachen Feststellungen ihrer Unrichtigkeit tauchen immer wieder Gerüchte über angebliche Angebote der deutschen Regierung auf, welche die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich zum Gegenstand gehabt haben sollen. Jetzt läßt sich der „Manchester Guardian" aus Paris melden, daß die deutsche Regierung Herrn Briand bebe auffordern lassen, in die Schweiz zu kommen, um dort mit dem Fürsten Bülow oder dem Reichskanzler zusammenzutreffen. Dies sowie das in dieser Depesche aufs neue behauptete Angebot, Elsaß-Lothringen abzutreten, gehört, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zufolge, wie alle früheren derartigen Behauptungen in das Reich der Fabel. —

*

Volksbund für Freiheit und Vaterland. In der jüngsten Konferenz von Vorstand, Ausschuß und Beirat des Bayarbeiterverbandes wurde debattelos und einmütig der Anschluß an den Volksbund für Freiheit und Vaterland, den die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands empfiehlt, beschlossen. Es wurde mitgeteilt, daß der Volksbund keine neue Partei sein will. Er soll vielmehr die Arbeiter-, Beamten- und Angestellten-Verbände aller Richtungen und andre wirtschaftliche Organisationen des arbeitenden und schaffenden Volkes zum Kampfe für den freiheitlichen Ausbau Deutschlands und die baldige Herbeiführung eines glücklichen Friedens zusammenfassen. Die Gründungsversammlung des Volksbundes, für den sich Organisationen mit mehr als 10 Millionen Mitgliedern interessieren, soll in der nächsten Woche endgültig vollzogen werden. —

*

Die Lösung der polnischen Frage. Wir meldeten bereits, daß sich der Kronrat vom Montag mit der polnischen Frage und damit zusammenhängend mit der zukünftigen Gestaltung der Verhältnisse von Kurland und Litauen beschäftigt hat. Nach einer Mitteilung der „Täglichen Rundschau" ist folgende Neuregelung beschlossen worden: „Russisch-Polen wird mit Galizien zum selbständigen Königreich Polen vereinigt dessen Krone auf den Kaiser von Oesterreich übergeht, und bildet dann, nur durch Personalunion mit Oesterreich und Ungarn verbunden, den dritten Teil des Habsburger Reiches. Das Gebiet des neuen Königreichs wird durch Teile von Litauen und das geschichtlich zu Polen gehörende Suwalki und Grodno abgerundet. Ferner erhält Polen das Recht der uneingeschränkten Schiffahrt auch auf der deutschen Weichsel, somit also seinen alten geschichtlichen Zugang zum Meere. Ueber die Zukunft Litauens und Kurlands ist folgende Vereinbarung getroffen: Kurland wird zum Herzogtum, Litauen zum Großfürstentum erklärt. Beide Länder werden durch Personalunion dem preußischen Staat angegliedert, indem der König von Preußen Großfürst von Litauen und Herzog von Kurland wird, und erhalten jedes einen eignen Landtag. Selbständige Bundesstaaten des Deutschen Reiches werden sie also hierdurch nicht." —

*

Reichstagskandidat Tirpitz. Die alldeutsche Vaterlandspartei will sich offenbar am Reichstagswahlkampf beteiligen. Ihre Hintermänner im Wahlkreise Bautzen-Kamenz haben an den Großadmiral v. Tirpitz die Anfrage gerichtet, ob er die Kandidatur im Reichstagswahlkreise annehmen will. Die Antwort steht noch aus. —

*

Republik Finnland: Aus Petersburg meldet die P. T. A.: Die Regierung stimmte den Gesetzentwürfen über die politischen Beziehungen zwischen Rußland und Finnland und ihrer Prüfung durch den Landtag zu. Die Gesetze bestimmen, daß Finnland in seinem Gebiet mit Rußland vereinigt bleibt, aber unter eigner gesetzgebender und Regierungsgewalt. Finnland ist Republik und hat einen eignen Präsidenten und einen eignen Ministerrat. Die Minister, die sich mit Kriegs- und Friedensfragen befassen, sind gemeinsam für Rußland und Finnland. Verträge mit fremden Ländern werden durch die russische Regierung geschlossen. —

*

Unruhen in Irland? Wie das „Algemeen Handelsblad" aus London meldet, schreibt „Daily Telegraph": Wir wissen nicht, zu welchem neuen Trauerspiel die Ereignisse in Irland führen werden, aber es ist nur allzu wahrscheinlich, daß eine Tragödie mit Blutvergießen bevorsteht. Irland ist eine kochende Masse von Anarchie. Die Regierung soll aufpassen, daß der Kessel nicht überläuft. —

*

Die Schiffsverluste. In der Sitzung des englischen Oberhauses vom 1. November sagte Lord Beresford: Die Gesamtverluste an Schiffen, englischen, verbündeten und neutralen, durch Minen und U-Boote im Jahre 1917 betrugen etwas über fünf Millionen Tonnen, dazu kamen von August 1914 bis Januar 1917 4 Millionen Tonnen. Durch Hilfskreuzer wurde im Jahre 1917 ein Verlust von 160 000 Tonnen verursacht. Der Gesamtverlust des Jahres 1917 beträgt 7,92 Millionen Tonnen. Bis Ende 1917 können von England, den Verbündeten und den Neutralen etwa 3 Millionen Tonnen neugebaut werden. Der Stand Anfang 1918 ist also fünf Millionen Tonnen weniger als 1916. Die Vereinigten Staaten können einen Ausgleich nicht schaffen; führende Amerikaner geben das zu. Eine sofortige Rationierung der Lebensmittel ist nötig. —

Mehr als 250 000 Gefangene.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 8. November 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

An der flandrischen Schlachtfront hat der Feind seine Angriffe nicht wiederholt.

Die Artillerietätigkeit blieb rege; sie steigerte sich namentlich gegen die Abschnitte an der Yser und bei Poelcappelle. Die Stadt Dixmude lag unter heftigem Minenfeuer.

Nördlich von Poelcapelle und bei Armentières wurden englische Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Im Ailette-Grund wurden aus erfolgreichen Vorfeldkämpfen französische Gefangene eingebracht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Im Sundgau schwoll die schon seit einigen Tagen lebhafte Artillerietätigkeit zu beiden Seiten des Rhein-Rhone-Kanals zu größerer Heftigkeit an. Französische Sturmtruppen stießen am Nachmittag nördlich und südlich vom Kanal vor. Bei Ammerzweiler wurde der Feind zurückgeworfen. Westlich von Heidweiler blieben vorspringende Grabenstücke in seiner Hand. Am Abend brachen hier erneute Angriffe der Franzosen verlustreich zusammen.

Seit dem 3. November verloren die Gegner im Luftkampf und durch Flugabwehrfeuer 21 Flugzeuge. Leutnant Wüstnoy errang seinen 24. und 25. Luftsieg.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei Brody und an der Moldawa lebte das Feuer zeitweilig auf.

Mazedonische Front.

Am Cerna-Bogen hat sich die Artillerietätigkeit wieder verstärkt.

Italienische Front.

Unsre auf den Gebirgsstraßen vordringenden Abteilungen brachen den Widerstand feindlicher Nachhuten.

Dem am mittleren Tagliamento zwischen Tolmezzo und Gemona und an den ständigen Befestigungswerken des Monte San Simeone noch ausharrenden Feinde verlegten umfassend angesetzte Angriffskolonnen den Rückzug. Bisher mußten sich 17 000 Italiener, darunter ein General, mit 80 Geschützen ergeben.

In der Ebene entwickelten sich längs der Livenza Kämpfe. In frischem Draufgehen erzwangen sich deutsche und österreichisch-ungarische Divisionen trotz zerstörter Brücken den Uebergang und warfen den Feind westwärts zurück.

Die Gesamtzahl an Gefangenen hat sich auf mehr als 250 000, die Beute an Geschützen auf über 2300 erhöht.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

* * *

Kerenskis Sturz.

Am Donnerstag nachmittag meldete das österreichische Kriegspressequartier: Unsre Radiostationen im Morgenland haben heute folgenden verstümmelten Funkspruch aufgenommen, der von Petersburg an alle Armeen gesandt wurde:

Aufruf des Kriegsrevolutionären Komitees (in offener Sprache. Der Anfang der Depesche fehlt.).

Die politischen Gefangenen werden unverzüglich befreit. Die ehemaligen Minister Konowalow, Kischkin, Terestschenko, Maßjankowitsch, Nikitin usw. wurden von dem revolutionären Komitee ins Gefängnis geletzt. Kerenski ist entflohen. Es wird allen Armeeorganisationen anbefohlen, Maßnahmen zu treffen, um Kerenski sofort zu verhaften und ihn nach Petersburg auszuliefern. Jede Hilfe zugunsten Kerenskis wird als schweres Staatsverbrechen betrachtet werden. In Petersburg hat die Arbeiter- und Soldatenrevolution gesiegt.

Eine Reutermeldung bestätigt den Sieg des revolutionären Proletariats und gibt ferner bekannt, daß Lenin, der alte Todfeind Kerenskis und seiner Anhänger die Zügel an sich gerissen hat. Die Meldung lautet:

London, 8. November. Reuter erhielt ein Telegramm der amtlichen Petersburger Telegraphenagentur (die in den Händen der Maximalisten ist), in dem es heißt, daß die Maximalisten die Stadt in der Gewalt und die Minister verhaftet haben. Der Leiter der Bewegung Lenin verlangte einen sofortigen Waffenstillstand und den Frieden.

Später wurde der fehlende Teil der aufgefangenen Depesche übermittelt. Er lautet:

Petersburg, 8. November. (W. T.-A.) Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands, der gestern abend eröffnet wurde, gab heute morgen die drei folgenden Proklamationen aus:

1. An alle Räte, Abgeordnete, Militärpersonen und Bauern in der Provinz: Die gesamte Gewalt steht den Arbeiter- und Soldatenräten zu. Die Regierungskommissare werden von ihren Aemtern enthoben. Die Vorsitzenden der Arbeiter- und Soldatenräte stehen unmittelbar mit der revolutionären Regierung in Verbindung. Alle Mitglieder der Bauernausschüsse, die verhaftet wurden, sind sofort in Freiheit zu setzen und die Kommissare, die sie verhaften ließen, sind ihrerseits zu verhaften.

2. Die Todesstrafe, die von Kerenski an der Front wieder eingeführt war, wird aufgehoben. Die vollständige Freiheit der politischen Propaganda wird an der Front wiederhergestellt. Alle revolutionären Soldaten und Offiziere, die unter der Beschuldigung sogenannter politischer Verbrechen verhaftet wurden, sind sofort in Freiheit zu setzen.

3. stimmt mit dem oben mitgeteilten Wortlaut überein. —

* * *

Helfferich geht.

Wolffs Bureau meldet amtlich: Staatsminister Dr. Helfferich hat Seine Majestät den Kaiser gebeten, ihn von seiner Stellung als Stellvertreter des Reichskanzlers und Mitglied des preußischen Staatsministeriums zu entbinden. Seine Majestät hat diesem Wunsche unter Vorbehalt späterer anderweitiger Verwendung stattgegeben. Als Nachfolger des Staatssekretärs Dr. Helfferich dürfte für die Stellung als Stellvertreter des Reichskanzlers der Reichstagsabgeordnete Geh. Rat Exzellenz von Payer in Frage kommen. Wie weiter verlautet, gilt die Besetzung der Stelle des Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums durch den preußischen Landtagsabgeordneten Geh. Reg.-Rat Dr. Friedberg als wahrscheinlich. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171109-13/fragment/page=0003

Berechtigte Kritik an Stockholm.

Der bekannte Bolschewik Karl Radek übt im „Boten der russischen Revolution“ schärfste Kritik am Friedensentwurf des holländisch-skandinavischen Komitees. Von den englischen Eroberungen in Asien und Afrika spreche es kein Wort. Von der Wiedergabe Bagdads und Arabiens zu schweigen, aber die Unabhängigkeit Belgiens unbedingt zu fordern heiße, unter der Maske der Anerkennung des frühern Besitzstandes den glatten Sieg des englischen Imperialismus wollen. Die Verbindung Bulgariens mit Oesterreich verbieten und die Abtrennung Armeniens und Mesopotamiens stillschweigend gutheißen —, das sei das Stockholmer Programm der neutralen Sozialisten, und das Programm eines siegreichen Englands, auf Kosten der Mittelmächte wie der übrigen Ententestaaten. Die Herren Branting und Troelstra hätten sich nur bei der Aufstellung ihres „gerechten“ Programms ein falsches Bild von der militärischen Lage nach der irreführenden Lektüre ihrer Leibblätter gemacht.

Etwas besser unterrichtet seien die Sowjet-Kreise mit ihren Friedensvorschlägen. Aber solange sie am Bündnis mit der Entente-Bougeoisie festhielten, sei auch dieses Programm nur Schein. Sie forderten die Neutralisierung der Seewege — mit Ausnahme Gibraltars. Aehnschlimmste aber sei, daß sich auf diese Kompromißproschlimmste aber sei, daß sich auf dieses Kompromißprogramme kein Mensch einigen könnte.

Man wird dieser Kritik die Berechtigung nicht absprechen können. —

* * *

Das Gegenstück.

Das englische Unterhaus beriet, wie schon kurz erwähnt, am Dienstag über folgenden Antrag der Friedensfreunde aus der liberalen und der Arbeiterpartei:

Das Haus ist der Ansicht, daß, wenn zufriedenstellende Bürgschaften für die Unabhängigkeit und Wiederherstellung von Belgien und auch für die Räumung der andern besetzten Gebiete gegeben werden können, keine Hindernisse errichtet werden sollen auf dem Wege zu Vorverhandlungen und einer Verständigung über den Frieden. Dieser Friede müßte die elsaß-lothringische Frage in billiger Weise regeln und eine Maschinerie schaffen, welche Kriege in Zukunft verhindert.

Der Antrag wurde, um es vorwegzunehmen, mit 282 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Der deutschen Friedensresolution vom 19. Juli steht also eine englische Bereitschaft zum Verständigungsfrieden nicht gegenüber. —

* * *

Die Folgen.

Am schwersten bedroht sind durch den Nahrungsmittelmangel die Jugendlichen der Großstadt und der großstadtähnlichen Landgemeinden. Ueber ihren Zustand während des Krieges hat der Chemnitzer Stadtschularzt Prof. Dr. Thiele seit längerer Zeit genaue Untersuchungen angestellt, welche die Gefahr der Lage ziemlich deutlich machen. Thiele hat nach seinem Bericht in der „Sozialen Praxis“ einerseits die Kinder im ersten Schuljahr, anderseits die Volksschüler vor der Entlassung und dann auch in geringerem Umfang jugendliche Lehrlinge und Arbeiter längere Zeit hindurch gewogen und untersucht. Nach denselben Methoden vorgehend und nach denselben Maßstäben messend hat er folgende Zahlen gefunden:

Genügender	Ernährungszustand	1916 . .	95,1	Prozent
„	„	1917 . .	91,3	„
Ungenügender	„	1916 . .	4,9	„
„	„	1917 . .	8,7	„

Bei den Konfirmanden ergab die gleiche Untersuchung:

Genügender	Ernährungszustand	1916 . .	95,4	Prozent
„	„	1917 . .	93,5	„
Ungenügender	„	1916 . .	4,6	„
„	„	1917 . .	6,5	„

Im Laufe des letzten Jahres ist also trotz der gewährten Zulage für Jugendliche eine wesentliche Verschlechterung ihres Ernährungszustandes eingetreten.

Interessant sind die Beobachtungen Thieles darüber, welche Klassen von Kindern von dem Lebensmittelmangel am schwersten betroffen wurden. In der ersten Untersuchungszeit — Herbst und Winter 1916 — waren es die Kinder der bemittelteren Kreise, die an Körpergewicht am stärksten verloren, weil die Wurst-, Eier- und Fleischzulagen zum Frühstück wegfielen, an die sie gewöhnt waren. Die Kinder der Arbeiter erhielten damals im wesentlichen die gleiche fleischarme und kartoffelreiche Kost, auf die sie schon immer angewiesen waren. Im Winter 1916 und Frühjahr 1917 blieben dann am stärksten die Kinder der kleinen Beamten, Lehrer und Festbesoldeten zurück. Den Grund dafür erblickt Thiele in dem außerordentlichen Steigen der Preise namentlich der markenfreien Lebensmittel, welche den Festbesoldeten dadurch unzugänglich wurden, während die Kinder der Schwerarbeiter und andrer Kreise mit höheren Löhnen oder Einnahmen als die Unterbeamtenschaft durch Sonderzuweisungen und Zukäufe zu den Rationen recht günstig abschnitten.

In neuster Zeit erscheinen am stärksten die Kinder gefährdet, denen zu Haus die Ordnung fehlt, insbesondere also wohl die, deren Mütter auf Arbeit gehen. Hier ist die Ausnutzung der Rationen ungenügend und der Kraftverbrauch durch vielen Aufenthalt auf der Straße und nicht rechtzeitiges Zubettgehen zu stark. Den Ernährungszustand der Fortbildungsschüler fand Thiele im allgemeinen befriedigend, da sie meist in Munitionswerkstätten beschäftigt sind.

Eine allgemeine Zunahme der Krankheitsfälle hat Thiele bei der Jugend nicht beobachten können. Während bei den Erwachsenen Wassersucht, Herz- und Nierenkrankheiten und eingeklemmte Brüche infolge des übermäßigen Fettverlustes und der stark wasserhaltigen Ernährung häufig sein sollen, hat Thiele bei den Jugendlichen weder darin noch bei den Ansteckungskrankheiten eine besondere Zunahme konstatieren können. Schlimm ist nur die Ausbreitung der wichtigsten Kinderkrankheit, der Tuberkulose, und ihrer Vorstufe, der Blutarmut, worüber Thiele folgende Zahlen gibt:

		1916		1917		1913	
Schulanfänger	Blutarmut	22,90	Proz.	28,50	Proz.	22,48	Proz.
	Tuberkulose	2,10	„	2,35	„	1,07	„
Konfirmanden	Blutarmut	30,99	„	31,29	„	21,74	„
	Tuberkulose	4,16	„	4,90	„	1,51	„

Es leiden also unter der Nahrungsmittelknappheit in besonders gefährlichem Maße die kranken und kränklichen Kinder, und für sie fordert Thiele in erster Linie Milch und Fett in möglichst weitem Umfang. Im übrigen empfiehlt er allgemein den Verzicht auf Sportwanderungen und Leibesübungen, da sie bei der jetzigen Ernährungsweise dem Gebot der Sparsamkeit mit Kalorien widersprächen. Sein Ruf „Hilfe für die gesundheitlich gefährdeten Jugendlichen!“ wird hoffentlich Gehör im Reichsernährungsamt finden. —

* * *

„Neuorientierung“.

Was in Baden im Zeitalter der „politischen Neuorientierung“ noch alles möglich ist, darüber weiß die „Leipziger Volkszeitung“ einen im höchsten Grade interessanten Fall zu berichten. Im Juni 1915 wurden in Karlsruhe einige Arbeiter wegen Verbreitung eines Flugblattes verhaftet. Von diesen wurden acht Genossen unter Anklage des versuchten Landesverrats gestellt. Unter ihnen befand sich der Genosse Bernhard Kruse aus Karlsruhe. Er war seit 1905 im Betrieb der Eisenbahnhauptwerkstätte als Schlosser tätig und bekleidete dort das Ehrenamt eines Arbeitervertreters, das ihm von seinen Arbeitskollegen übertragen worden war. Im Juni d. J. fand nun vor dem Reichsgericht die Verhandlung statt, die mit dem Freispruch sämtlicher Angeklagten endigte.

Kruse, der seit Mitte vorigen Jahres als Gefreiter im Felde steht, richtete an die Generaldirektion der badischen Staatsbahnen die Anfrage, „ob sie gewillt und in der Lage sei, seiner Familie die den zur Fahne einberufenen Arbeitern der badischen Staatseinbahnen gewährte Familienunterstützung zukommen zu lassen“. Auf diese Anfrage erhielt er nun am 2. September die Antwort, daß die Generaldirektion nicht in der Lage sei, seiner Familie die den Kriegsteilnehmern gewährte Unterstützung zukommen zu lassen, weil er (Kruse) endgültig aus dem Dienste der großh. Eisenbahnverwaltung ausgeschieden sei. „Auch eine spätere Wiederaufnahme“, hieß es in der Antwort weiter, „kann trotz der Freisprechung nicht in Frage kommen, da Sie unbestrittenermaßen die Anschauung vertreten und auch noch Kriegsausbruch in Versammlungen zum Ausdruck gebracht haben, daß der Regierung im Reichstag keine Mittel für den Krieg hätten bewilligt werden dürfen.“

Der Karlsruher „Volksfreund“ bemerkt zu diesem Falle: „Der Fall Schäufele“ erlebt hier seine Wiederauferstehung, allerdings in erheblich schlimmerer Form. Und das, nachdem eben erst die große Mehrheit des Reichstags sich gegen die politische Aechtung der „Unabhängigen“ erklärt hat. Diese politische Maßregelung eines Arbeiters und die Bestrafung seiner Familie ist ein um so größerer Skandal, als Kruse seit 1½ Jahren im Felde steht und mit seinem Leben für das Vaterland einsteht.“

Der „Volksfreund“ erklärt, daß dieser neuste Fall selbstverständlich im Landtag zur Sprache kommen wird. Die Bureaukratenregierung wird dort Gelegenheit erhalten, sich darüber zu äußern, wie sie diese Maßreglung wegen politischer Gesinnung mit dem Geiste der Neuorientierung und mit dem Kaiserwort „Ich kenne keine Parteien mehr!“ in Einklang bringen will. Die Antwort wird dann nicht ausbleiben. Und sie wird, wie zu hoffen ist, kräftig und einmütig sein. —

Amtliche Bekanntmachungen.

Verordnung
betreffend die Vorführung der Pferde bei Pferde-Vormusterungen.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung, des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 und des Gesetzes vom 11. 12. 1915 betr. die Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand verordne ich für Pferdevormusterungen während des Krieges im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgendes:

§ 1.

Jeder Pferdebesitzer ist verpflichtet, seine sämtlichen Pferde im Alter von 2 Jahren aufwärts, ohne Rücksicht auf Brauchbarkeit, Alter und Größe, zu den Vormusterungen zu stellen, insbesondere:
a) alle Pferde der Bestandsaufnahme vom September 1916, auch wenn sie bereits bei früheren Vormusterungen als dauernd kriegsunbrauchbar bezeichnet worden sind;
b) alle seit dieser Bestandsaufnahme in Zugang gekommenen Pferde, namentlich auch die Pferde der Händler;
c) alle 2—4jährigen Pferde, die nicht in die Bestandslisten eingetragen sind, zum Zwecke der Zählung;
d) die zu Zucht- oder Arbeitszwecken aus Remontedepots des Kriegsministeriums überwiesenen oder eingetauschten tragenden Stuten sowie die durch die Landwirtschaftskammern erworbenen Pferde.

§ 2.

Von der Verpflichtung zur Vorführung ihrer Pferde bleiben befreit:
die in der Bundesratsverordnung vom 30. 8. 16 betreffend Aendrung des Gesetzes über die Kriegsleistungen pp. genannten Pferdebesitzer.
Es sind ferner **nicht** vorzuführen:
a) die angekörten Hengste, soweit sie ausschließlich Zuchtzwecken dienen;
b) Pferde, welche nachweislich in Bergwerken unter Tag arbeiten;
c) die hochtragenden Stuten, deren Abfohlen innerhalb der nächsten 4 Wochen zu erwarten ist, oder die innerhalb der letzten 14 Tage abgefohlt haben;
d) die übrigen marschunfähigen Pferde.

§ 3.

Für alle bei der Vorführung fehlenden sind die gesetzlichen oder amtlich beglaubigte Unterlagen durch den Ortsvorsteher beizubringen. Bei marschunfähigen Pferden ist ein tierärztliches Zeugnis, bei hochtragenden oder frisch abgefohlten Stuten der Deckschein der Vorführungsliste beizufügen.

§ 4.

Vom Tage der Bekanntmachung dieser Verordnung bis zur Beendigung der Pferde-Vormusterungen in den jeweils in Betracht kommenden einzelnen Kreisen ist allen zu dem betreffenden geschlossenen Verwaltungsbezirk gehörenden Personen jede rechtsgeschäftliche Verfügung über ihre Pferde ohne schriftliche Genehmigung der Militärbehörde untersagt. Für die Händler gilt dieses Verbot erst vom Tage der Bekanntmachung des Vormusterungs-Geschäfts durch die Kreisbehörde.

Anträge auf Befreiung hiervon sind an die Pferde-Aushebungs-Kommission in Halle a. d. S. zu richten.

Den Zeitpunkt der Beendigung der Vormusterungen haben die Kreisbehörden festzusetzen und bekanntzugeben.

§ 5.

Ueber die seit September 1916 als tauglich zum Heeresdienst vorgemusterten Pferde darf nach Aufhebung des Verbots zu § 4 dieser Verordnung zukünftig nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung der Militärbehörde rechtsgeschäftlich verfügt werden. Anträge sind an die Pferde-Aushebungskommission in Halle a. d. S. zu richten.

§ 6.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, sofern die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden. Außerdem kann eine zwangsweise Herbeischaffung der nicht gestellten Pferde auf Kosten der säumigen Besitzer gemäß der Pf.-A.-V. veranlaßt werden.

Der Versuch ist strafbar.

§ 7.

Diese Verordnung tritt mit dem 11. November 1917 in Kraft.

Magdeburg, den 6. November 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps.
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie
à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. K189

Bekanntmachung.
Verordnung über Auskunftserteilung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung, des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand und des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 betreffend die Abänderung dieses Gesetzes wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgendes verordnet:

§ 1.

In Gewerbebetrieben, welche die Erteilung von Auskünften über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten zum Gegenstand haben, dürfen keine Auskünfte erteilt werden, die betreffen
a) militärische Einziehungen,
b) den Ersatz eingezogener Arbeitskräfte in kaufmännischen und industriellen Betrieben,
c) Aufträge der Heeres- und Marineverwaltung,
d) Tatsachen, von denen der Auskunfterteilende weiß, oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie als Anhaltspunkte für Anschläge auf Anlagen und Betriebe dienen können, die für die Landesverteidigung oder Kriegswirtschaft von Bedeutung sind. Auch die Einziehung solcher Auskünfte ist den genannten Gewerbebetrieben untersagt.

§ 2.

Auskünfte über Beziehungen einer deutschen Firma zum Auslande dürfen nur mit deren Zustimmung gegeben werden.

§ 3.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, sofern die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Außerdem kann der Gewerbebetrieb ganz oder zum Teil untersagt werden.

Die Bekanntmachung tritt am 9. November 1917 in Kraft.

Magdeburg, den 3. November 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps.
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie
à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Bekanntmachung.

Mit dem 11. November 1917 werden außer Kraft gesetzt:
1. Die Bekanntmachung vom 3. 8. 1916 — betreffend Verbot des Verladens und der Ausfuhr von Pferden;
2. die Bekanntmachung vom 22. 1. 1917 — betreffend Verbot des Ortswechsels von Pferden;
3. die Bekanntmachung vom 16. 6. 1917 — betreffend Verbot des Abhaltens von Pferdemärkten.

Magdeburg, den 6. November 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps.
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie
à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 10. d. M. werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um	8½	Uhr Nr.	8901—9000	Um	12½	Uhr Nr.	9301—9400
„	9½	„ „	9001—9100	„	2	„ „	9401—9500
„	10½	„ „	9101—9200	„	3	„ „	1— 100
„	11½	„ „	9201—9300	„	4	„ „	101— 200

Halle, den 8. November 1917. **Der Magistrat.**

Die Internationalität und der Krieg
von **Karl Kautsky** — Preis 20 Pfg.
Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von **Hermann Wendel** — Preis 40 Pfg.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Herren- und Knaben-Anzüge,
Paletots, Joppen, Ulster, Beinkleider
Gute Qualitäten, schöne Paßform, vorteilhafte Preise.
Im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

100 Zimmerleute
werden für **Baustelle Vereinigte Aluminiumwerke in Lauta, O.-L.,** sofort eingestellt.
350
Gustav Albrecht hilfsdienstpflicht. Geschäft für Kriegsbauausführung.
Roitzsch-Bitterfeld.

Spielwaren
jeder Art 326
— Ausstellung 1. Etage —
in unserm Kaufhaus
H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Stadt-Theater.
Sonnabend den 10. November
Anfang 7½ Uhr Ende 11 Uhr
Maria Stuart
Trauerspiel von Schiller.
Sonntag nachmittag: **Wiener Blut**
Sonntag abend: **Tiefland.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171109-13/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 139. | Halle, Freitag den 9. November 1917. | 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 9. November 1917.

Sperrung des Gasverbrauchs?

Der Erfolg der angeordneten Maßnahmen zur Einschränkung des Gasverbrauches ist ein recht guter. Leider haben sich aber die Verhältnisse in bezug auf die Kohlenbelieferung des Gaswerks infolge des nun eingesetzten Wagenmangels weiter erheblich verschärft. Es muß deshalb nunmehr ernstlich die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden, daß das Gaswerk vorübergehend die Gasentnahme überhaupt sperren muß, wie dies in zahlreichen Städten bereits der Fall ist. Die Durchführung dieser Maßnahme geschieht in der Weise, daß der Gasdruck während bestimmter Stunden des Tages so weit erniedrigt wird, daß eine Entnahme von Gas praktisch unmöglich ist. Die Sperrzeiten werden vorher bekanntgemacht werden.

Es wäre zu wünschen, daß die Bemühungen der Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke, der hiesigen Bürgerschaft die Sperrung der Gasabgabe zu ersparen, dadurch tatkräftig unterstützt würden, daß jeder Verbraucher, ganz besonders derjenige, dessen Verbrauch infolge bisheriger Verwendung von Gaskocheinrichtungen, des Badeofens und von Warmwasserversorgungsanlagen reichlich bemessen war, seinen Verbrauch nunmehr aufs äußerste einschränkt. Nur die opferwilligste Befolgung der getroffenen Anordnungen kann erhoffen lassen, daß das Aeußerste vermieden wird. —

---

* **Ausgleichsmöglichkeit für zuviel bezogenes Gas.** Von der Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke wird darauf aufmerksam gemacht, daß die in der Ausgabe begriffenen Rechnungen für Gasverbrauch im Oktober keine Berechnung des Aufgeldes für etwa zuviel verbrauchtes Gas bringen, daß vielmehr gemäß früherer Bekanntmachung die Abrechnung hierüber erst auf der Rechnung über den Verbrauch im Dezember geschieht. Es besteht also die Möglichkeit, ein Zuviel im Oktober noch in den beiden letzten Monaten des Vierteljahrs auszugleichen. —

* **Zur Petrolenmabgabe.** Es wird abermals darauf hingewiesen, daß es kein Petroleum für Haushaltungen gibt, die teilweise Gas oder elektrisches Licht haben. Die in diesem Jahre zur Verfügung stehenden geringen Petroleummengen sind in erster Linie für diejenigen Haushaltungen bestimmt, die keine andern Beleuchtungseinrichtungen besitzen. Auch für die Waschküchen und zur Beleuchtung von Kellerräumen, Treppen und Fluren kann kein Petroleum freigegeben werden. Nur in ganz dringenden Fällen, insbesondere bei Krankheiten, können Ausnahmen gemacht werden, wenn entsprechende Unterlagen den erforderlichen Anträgen an die städtische Petroleumkommission, (Statistisches Amt, Stadthaus) beigefügt sind. Alle andern Anfragen nach Petroleum sind zwecklos. Es wird auch gebeten, sich in dieser Beziehung nicht an die Petroleummarkenstelle (Schmeerstraße 1, 2 Treppen, Zimmer 19 und 20) zu wenden, die übrigens jetzt nur noch von 8½ bis 2½ Uhr täglich ununterbrochen geöffnet ist. —

* **Wegen Duldung von Tanzvergnügen verurteilt.** Der Besitzer der Gastwirtschaft „Zum Leuchtturm", Franz Sonntag, und seine Ehefrau sowie deren Tochter hatten Strafbefehle über 50, 40 und 20 Mark erhalten, weil sie im April 1916 Tanzlustbarkeiten geduldet haben sollten. Die Bestraften verlangten jedoch richterliche Entscheidung, und bestritten, irgendwelche Schuld zu tragen. So kam die Sache vor das Schöffengericht. Hier sagten die beiden Wachtmeister, die seinerzeit diese Feststellungen machten, übereinstimmend aus, Frau Sonntag wäre beim Erscheinen der Beamten diesen vorausgeeilt, um die Tanzlustigen zu warnen. Die Entlastungszeugen wiederum konnten in dieser Beziehung nichts Entlastendes aussagen. Daraufhin beantragte der Amtsanwalt, die Strafbefehle zu bestätigen. Das Gericht hielt gegenüber den Angeklagten Franz Sonntag und dessen Tochter für nicht erwiesen, daß diese von dem Tanzen Bescheid gewußt haben, und sprach beide frei. Die Angeklagte Frau Sonntag sprach es jedoch nach den glaubwürdigen Aussagen der beiden Beamten für schuldig und verurteilte sie antragsgemäß zu 40 Mark Geldstrafe. —

* **Kartoffelsaatgut des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Im Jahre 1916 haben die Kleinpächter des Bundes zum großen Teil eine vorzügliche Kartoffelernte gehabt, obwohl damals die Ernte im allgemeinen ungünstig war. In diesem Jahre ist die Kartoffelernte durchschnittlich keine gute. Das liegt ohne Zweifel an der ungenügenden Beschaffenheit des Saatguts, das an und für sich schon ungeeignet war, außerdem aber vielfach noch einen recht hohen Prozentsatz verdorbener Kartoffeln aufwies. Es muß nun alles geschehen, um zu verhindern, daß im kommenden Jahre die Ernte wieder ungünstig ausfällt. Dazu müssen die Kleinpächter alles daransetzen, um möglichst gutes und geeignetes Saatgut verwenden zu können, wobei ausdrücklich davor zu warnen ist, daß die Kleinpächter von ihrer eignen Ernte fehlerhaftes Saatgut zurückbehalten und verwenden. Alle diejenigen, die noch kein Saatgut besitzen, werden aufgefordert, ihren Bedarf bis spätestens 12. November beim Bunde anzumelden, eventuell auch schriftlich unter Hinzufügung des Namens, des Ackers und der Parzellennummer. Weiterhin werden die Kleinpächter eindringlich darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich nur dann Saatgut auf die Ernte anrechnen lassen dürfen, wenn sie solches auch zur Saat verwenden. Dagegen ist es selbstverständlich nicht statthaft, beim Bunde Saatgut zu bestellen und gleichzeitig von der Ernte Saatgut abzurechnen. Jeder Fall dieser Art wird mit sofortigem Entzug des Ackers geahndet. —

* **Auf dem städtischen Markt in der Talamtschule** stehen von 8½ bis 12 und nachmittags von 2 bis 6 Uhr zum Verkauf: Robbenfleisch in 1-Pfund-Dosen 3 Mk. Klippfisch das Pfund 2,40 Mk., ganzer Pfeffer das Paket 50 Pfennig, ganzer Piment (Neugewürz) das Paket 15 Pfennig. —

* **Die Diensträume der städtischen Schulverwaltung** und der königlichen evangelischen Kreisschulinspektion für den Stadtkreis Halle I sind am Donnerstag nach Rathausstraße 6 verlegt worden. Die Dienststunden sind werktäglich von 8½ bis 3½ Uhr. Die Sprechstunden Dienstags und Freitags von 4 bis 5 Uhr fallen weg. —

* **Kirche und Krieg.** Die Volkskirchlich-soziale Vereinigung hält Freitag den 16. November, abends 8¼ Uhr, in St. Nikolaus eine Versammlung mit freier Aussprache ab, in der Professor Bithorn (Merseburg) über das Thema sprechen wird: Hat der Gottesglaube im Kriege Schiffbruch gelitten? Der Eintritt kostet 20 Pfg. —

— **Vom Tanz um das goldene Kalb.** Die auch von den Verbrauchern nicht in Abrede gestellten Mängel unsrer Nahrungsmittelversorgung werden von Groß- und Kleinhändlern mit Vorliebe der Ausschaltung des freien Handels zur Last gelegt, von dessen Wiedereinsetzung in alle Rechte sie sich und den Konsumenten alles Heil der Welt, d. h. in diesem Falle ausreichende Versorgung zu erträglichen Preisen, verheißen. Die Beweisführung ist allerdings gelegentlich ein wenig lückenhaft, ja zuweilen wird ganz etwas andres bewiesen, als man beabsichtigt hat. So erzählt die „Deutsche Kolonialwarenzeitung" von einer Landfrau, die über ihre Fahrt zur Reichshauptstadt Tagebuch führte:

	Mark	früher
2 Stück Seife	10,00	1,00
1 Fensterleder	6,00	2,00
1 Knäuel Bindfaden	5,00	0,90
1 Schere	5,50	—
1 Kasten Briefpapier	9,00	—
3 Meter Hemdentuch	12,00	2,40
1 Meter Gummiband	3,00	0,40
1 Paar Halbschuhe	32,00	16,00
¼ Pfund Lindentee	1,50	0,40
4 Dosen Heringe, Inhalt je 2 Stück	10,00	1,40

„Wären solche Preise im freien Handel wohl höher?" fragt die „Kolonialwarenzeitung". Sie übersieht eine Kleinigkeit; all die Artikel, die ihre Landfrau zu sündhaft hohen Preisen kaufte, werden im freien Handel vertrieben. Für manche andre „frei" verkaufte Ware ist der Preis noch höher geklettert. Uebrigens wird der sogenannte freie Handel bald nur noch eine Erinnerung sein, es wird jetzt schon kaum noch „frei" gehandelt, sondern zumeist heimlich ausgetauscht. Dabei soll nicht geleugnet werden, daß im angeblich reglementierten Handel trotz Höchstpreisen und Kontrolle auch die Preisentwicklung zu unglaublichen Höhen emporgestiegen ist. Die Ursache liegt nicht in der Preiskontrolle an sich, sondern darin, daß man die Preisfestsetzungen dem freien Handel anpaßt. —

— **Einen neuen stellvertretenden Kommandierenden General.** Der General der Infanterie Freiherr von Lyncker scheidet aus seiner bisherigen Stellung als stellvertretender Kommandierender General des 4. Armeekorps aus, zu seinem Nachfolger ist Generalleutnant Sonntag, bisher Kommandeur einer Division im Felde, ernannt. —

* **„Schokoladenpulver"** hat vor kurzem ein redegewandter Reisender an verschiedenen Plätzen Norddeutschlands zum Preise von 38 Pfennig das Paket angepriesen. Die Probe, die er vorlegte, hatte einen angenehmen Geruch und Geschmack. Es gelang ihm auch, in zahlreichen Kleingeschäften hohe Bestellungen zu erzielen. Nach etwa 2 Tagen erschienen bei den Bestellern fremde Personen — vielfach Frauen und Mädchen — und erklärten, sie brächten das bestellte Schokoladenpulver. Gegen Aushändigung der Quittung wurde ihnen der Kaufpreis, der meist mehrere hundert Mark betrug, ausgezahlt. Erst im Weiterverkauf stellte sich heraus, daß die gelieferte Ware nicht der vorgezeigten Probe entsprach, vielmehr ein minderwertiges, unbrauchbares Gemisch darstellte, das bisweilen sogar einen recht widerlichen Geruch hatte. Nachforschungen nach der Firma Dessau u. Ko. in Hamburg, Rödingsmarkt 91, die von dem Reisenden als Verkäuferin des Schokoladenpulvers bezeichnet worden war, blieben erfolglos, an der angegebenen Adresse gibt es keine Firma solches Namens. Offensichtlich handelt es sich um einen großzügigen Schwindel, der von einer ganzen Bande verübt wird. Die Packung der gelieferten Ware trägt die Aufschrift „Schokoladenpulver, Auslandsware, Marke Amsterdam, Preis 50 Pfennig. Hergestellt im Monat Juli 1917. Generalvertretung für Deutschland Horstberg u. Sohn, Köln am Rhein." Die angegebenen Firmen sind wohl alle erdichtet. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die Schwindler auch noch in andern Teilen des Reiches Gastrollen zu geben versuchen. Es sei daher dringend vor ihnen gewarnt. Zweckdienliche Wahrnehmungen wolle man unter Beifügung der etwa gegebenen Beweisstücke mit tunlichster Beschleunigung der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck, Parade 1, oder der städtischen Rechtsauskunftsstelle in Halle, Schmeerstraße 1, mitteilen. —

— **Die Marmeladen- und die Fettration.** In einer Sitzung des Aufklärungsausschusses für den Regierungsbezirk Münster (Westfalen) machte der Vertreter des Kriegsernährungsamts folgende Mitteilungen über die Ernährungsaussichten im Winter: „Von Rumänien ist nicht viel zu erwarten, da die dortige Ernte der Heeresverpflegung dient. Die innerdeutschen Transportschwierigkeiten haben ihren Grund zum großen Teil auch darin, daß Gebiete, die sich früher aus dem Ausland versorgten, wie das Rheinland, heute aus entlegenen Gegenden Deutschlands beliefert werden müssen. Die Brotversorgung ist infolge der geringen Getreideernte knapp, infolgedessen muß Kartoffelstreckung Platz greifen. Beschlagnahme und öffentliche Bewirtschaftung von Obst und Gemüse war wegen der Verderblichkeit untunlich. Die Marmeladeherstellung ergibt 30 Gramm pro Tag und Kopf. Die gute Kartoffelernte müsse alle Löcher zustopfen, deshalb sei mit höherer Kopfration nicht zu rechnen. Den Landwirten sollen die über das festgesetzte Quantum hinausgehenden Mengen bleiben. Die Zuckerration wird wahrscheinlich erhöht werden können. Die Fettration wird auf 62½ Gramm festgesetzt werden müssen. Infolge vollständiger Beschlagnahme der Magermilch werde die Käsezuteilung wohl besser werden. —

— **8 Mark für eine Rolle Garn.** Zurzeit erhalten die Grossisten etwa 5 Prozent des Friedensbedarfs an Garnen und Wolle, demnach also eine verschwindend kleine Menge, die für den großen Bedarf bei weitem nicht genügt. Natürlich hat sich auch der Schleich- und Kettenhandel des Nähgarns bemächtigt. Wo sich irgendwo noch alte Bestände auf dem Lande und in den Kleinstädten befanden, tauchten die wilden Händler auf und zahlten bis zu 8 Mark für eine Rolle Garn, natürlich auch entsprechende Preise für Wolle oder Baumwolle. Besonders in Oberschlesien haben polnische Händler alles erreichbare Garn aufgekauft und für das Gros Maschinenobergarn bis 900 Mark gezahlt. Jetzt werden in Oberschlesien aus dem Sosnowitzer und Jaworznoer Bezirk (österreichischerseits) große Spulen Zwirn zu 2 Mark das Stück verkauft. Auf diesen Spulen sind aber nur zwei Gänge Zwirn aufgewickelt, der Rest ist Holz. Eine ähnliche Bewandtnis hat es mit der Baumwolle, die von schlauen Händlern so auf Papierhüllen aufgewickelt ist, daß sie den Anschein einer dicken Schicht hat; tatsächlich ist der ganze Faden nur 1½ Ellen lang (ein knapper Meter). Dieser Schwindel ist noch möglich, trotz allerlei Gesetzen und Einrichtungen gegen Wucher und unlautern Handel. —

Rosi Zurflüh.

Eine Geschichte aus den Alpen von **Johannes Scherr**.

(8. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Da braucht's gäng kein B'sinnen: es kann nit sein! dachte Rosi, als sie in ihre Kammer hinaufstieg. Es war ihr jetzt, wo ihr plötzlich der bestimmte Vorschlag gemacht worden, einen andern zu heiraten, erst recht klar geworden, wie sie mit so ganzer Seele an dem Ruodi hing. Das Nichtseinkönnen, nämlich die Unmöglichkeit einer Heirat mit des Schurbauers langem Toni, war ihr so etwas Abgemachtes, Tatsächliches, daß sie sich darüber weiter keine Gedanken machte. Aber die Gedanken kamen von selbst, denn sie kannte ihren Vater und mußte um so mehr glauben, derselbe würde einen einmal gefaßten Plan mit allen Mitteln durchzusetzen trachten, da sich die Zwihlbäurin mit richtigem Takte von jeher wohl gehütet hatte, ihren Töchtern einen Einblick in die Diplomatie zu gestatten, womit sie ihren Kuori in letzter Instanz zu dessen eignem Besten lenkte. Sanft von Gemüt, wie Rosi war, fühlte sie instinktartig und mit nicht geringem Bangen, daß in ihrem Leben eine Wendung eingetreten, wo das Geschehenlassen, das geduldige Hinnehmen und Abwarten nicht mehr ausreiche, sondern wenn auch nicht Begehrtes keck anzustreben, so doch Verhaßtes mutig abzuweisen sei.

„Nei au, Rosi, was machst Du für ein grüsli ernst Gesicht!" rief 's Vreneli von dem gemeinschaftlichen Bette der Schwestern her, als die ältere in die Kammer getreten war und die Lampe auf den Tisch gestellt hatte.

„Was werd ich gäng für ein besonderes Gesicht machen, Chind: Schläffst Du denn noch nicht?"

„Ei was, bei Nacht soll ich allzyt schlafen und bei Tag nüd merken. Du und ihr alle im Haus vergesset allweil, daß ich letzte Ostern b'hört worden. Aber ich bin nicht so dumm, ich. Los, ich will Dir ebbis sagen. Gelt, der lang Toni aus der Schur zeht Dir im Kopf umme?"

„Der? B'hüt mi Gott!"

„Hast recht. Was nur dem Vater einfällt? Als wär der Toni ein Mann für Dich! Pfüdi! Der lang Dalk ist gäng grad so ein Gythunz (Geizhund) wie sein Alter."

„Aber woher weißt Du denn —"

„So, meinst, unsereins hab keine Ohren? Wer Ohren hat, zu hören, der höre, heißt's in der Bibel. Verstanden?"

„Ja, Du hast Deine Ohren überall, wo sie hingehören und nicht hingehören. — Aber weißt Du was, Vreli?" fuhr Rosi fort, sich zum Scherzen zwingend. „Weil Du doch kein Kind mehr sein willst, so könntest Du mir einen großen Gefallen tun."

„Gern, Rosi, gern. Sag nur, was Du haben willst."

„Du könntest die Sach' mit dem langen Toni ins recht' Gleis bringen, wenn Du dem Vater sagtest, Du wolltest ihn nehmen. Dem Toni wird's gäng einerlei sein, und so wäre Dir und mir geholfen."

„Jetzt schweig aber, Rosi. Du red'st gäng schüli! Den langen Toni nehmen — pfüdi! Nei, nei! Los, laß Dir sagen, im Abc kommt nach dem R nicht das T, wohl aber das S. Verstehst mi?"

„Nein, wahrli nit," entgegnete Rosi, die Lampe löschend und zu der Schwester ins Bett steigend.

„Gelt, ich kann Dir gäng auch Rätsel aufgeben?"

„Ja, das seh ich. Aber jetzt halt Dein Plappermüli. Ich bin gäng schläfrig."

Mit Rosis Schläfrigsein war es jedoch nicht weit her. Denn als sich die jüngere Schwester mit der glücklichen Sorglosigkeit ihres Alters auf die Seele gedreht hatte und bald eingeschlafen war, setzte sich die ältere im Bett auf und versank in ein quälendes Nachdenken über ihre Lage.

So mochte sie etwa eine Stunde lang gesessen haben, als die Stille um sie her durch ein kaum bemerkbares Geräusch unterbrochen wurde. Es kam von dem Laden her, womit das Kammerfenster von außen verschlossen war. Dort pöppelte es in drei Absätzen, ungefähr so, als würden kleine Steinchen an den Laden geworfen. Dann ward es wieder ganz still.

Rosi lauschte mit verhaltenem Atem. Hierauf beugte sie sich zu der Schwester hinüber, deren tiefe Odemzüge einen festen Schlaf bezeugten. Nun schlüpfte sie sachte, sachte aus dem Bette, warf ihre Jüppe über und zog ihr Hemdprisli fest am Halse zusammen. So ging sie, schob leise das Schiebfenster hinauf und öffnete vorsichtig den Laden.

Kein Lichtstrahl, aber ein feuchtkalter Lufthauch drang in die Kammer, denn eine Regennacht lag schwarz über Berg und Tal.

Rosi beugte sich hinaus und fühlte nicht den kalten Regenschauer, der ihr ins Gesicht schlug; sie fühlte nur die warme Hand, die ihre in die Finsternis hinausgebotene ergriffen hatte. Ein heftiger Föhn schüttelte rauschend die Aeste des alten Ahornbaumes, der dem Kammerfenster nahe stand, aber doch konnte er vier Ohren nicht verhindern, das Geflüster zu verstehen, das zwischen dem Kammerfenster und dem Ahorn hin und her flog.

Es währte lange. Endlich zog Rosi ihre Hand zurück, aber schon im Begriff, den Laden wieder zuzuziehen, beugte sie sich noch einmal hinaus und flüsterte mit einer tief aus der Seele kommenden Betonung: „Nei, Ruodi, nei. Dich oder keinen!"

Darauf schloß sie behutsam den Laden, schob das Fenster nieder, tat die Jüppe ab und glitt vorsichtig wieder in das Bett. Fast erschrak sie, denn sie hörte die Schwester murmeln, und aufhorchend vernahm sie von Vrenelis Lippen die Worte: „Der Herr Pfarrer, ja, der ist gäng e Männli!" Aber das war nur im Traume gesprochen.

Das Kind träumt von dem Pfarrer, dachte Rosi, „und es spricht auch im Wachen immer von ihm, wo es nur kann. Arm's Vreli, solltest auch du schon — Aber 's ist ja noch ein pures Kind. Und doch — nun, Gott wende alles zum besten!" fügte sie laut hinzu, und so schlief sie ein.

Unerwarteterweise sprach der Zwihlbauer am folgenden Tage kein Wort von dem langen Toni aus der Schur und seiner Freiwerberei. Sollte während der Nacht die Politik der Zwihlbäurin mit Erfolg tätig gewesen sein? Es schien doch kaum. Wenigstens wußte die Mutter der Tochter wenig Tröstliches zu sagen, und als ein paar Tage darauf vormittags 's Rosi mit dem Vreneli nach der gegen das Bödeli zu gelegenen Matte hinabgehen wollte, um den frühmorgens dort gemachten ersten Grasschnitt zu wenden, hatte sie im Hausflur eine Begegnung von übler Vorbedeutung.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171109-13/fragment/page=0005

* **Für die Kleinpächter** des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft findet **Montag den 12. November,** abends 8½ Uhr, in den „Thalia-Sälen" eine Versammlung statt. Zunächst soll eine Aussprache über **die Ackerverpachtung und die Selbstversorgung** stattfinden. Und da beabsichtigt ist, eine große Zahl von Morgen Ackerland auf mehrere Jahre hinaus zu pachten, soll festgestellt werden, wie diese Aecker am besten zu verteilen sind. —

— **Der Rückgang im Schnellzugsverkehr.** Aus Mitteilungen der Eisenbahnverwaltung über die Benutzung der Schnell- und Eilzüge geht hervor, daß der Rückgang im Verkehr von Berlin sich auf etwa zwei Drittel beläuft, also der Verkehr auf etwa ein Drittel der Reisenden zurückgegangen ist. So sind z. B. an Schnell- und Eilzugsfahrkarten verkauft worden: Am Sonnabend den 6. Oktober 25 268 Stück und am Dienstag den 16. Oktober 24 780 Stück. Nach erfolgter Einführung der Ergänzungsgebühr ging der Verkehr zurück, und zwar am Dienstag den 23. Oktober auf 6856 Fahrkarten, am Sonnabend den 27 Oktober auf 8127, am Dienstag den 30. Oktober auf 5525 und am Sonnabend den 3. November auf 8509 Fahrkarten. An den andern Wochentagen ist das Verhältnis der Verkehrszahlen etwa das gleiche. —

Auswärtiger großer Treibriemendiebstahl. In der Nacht zum 4. November (Sonntag) sind in der Mühle von Altherzberg bei Herzberg (Elster) sämtliche Treibriemen im Werte von 20 000 Mark gestohlen worden. Als Täter kommen drei Männer in Betracht. Von diesen hat einer eine Fahrkarte nach Berlin gelöst, und die zwei andern solche nach Zwischenstationen; sie sind aber schon in der nächsten Station ausgestiegen, haben dort Fahrkarten bis Falkenberg gelöst und sind um 8⁰⁶ Uhr vormittags nach Halle abgefahren, wo sie 10²⁵ Uhr eingetroffen sein müssen. Die drei Männer wurden folgendermaßen beschrieben 1. 1,70 Meter groß dunkler Schnurrbart, schwarzer Schlapphut, dunkler Ueberzieher mit Rucksack; 2. 1,68 Meter groß, grauer Anzug, graue Pelerine; 3. Jackettanzug, ohne Ueberzieher. Wer Angaben zur Ermittlung der Täter machen kann, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36 oder 37, zu melden. —

Schaukastendiebstahl. An der Alten Promenade wurde die Schaukastenscheibe einer dort befindlichen Musikalienhandlung zerschlagen und aus dem Kasten einige Bücher entwendet. —

Tod auf der Straße. Ein im Alters- und Pflegeheim wohnhafter Privatmann erlitt in der Beesener Straße einen Herzschlag, dem er erlag. Die Leiche wurde nach dem Südfriedhof geschafft. —

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Eier: Sonnabend vormittag von 8½ bis 1 Uhr Nr. 17501—18500 des Lebensmittelscheins. Jede Person 1 Stück zum Preise von 33 Pfg. in der Talamtschule.

Rapsspinat: Am Freitag und Sonnabend in der Talamtschule das Pfund 24 Pfg. gegen Vorzeigung des Lebensmittelscheins. —

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Freitag wird die komische Oper „Giroflé-Girofla" gegeben. Die morgen Sonnabend stattfindende Aufführung von Schillers „Maria Stuart" steht unter der Spielleitung von Ludwig Masson. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Biedermann, Seeden, die Herren Zitzig Wilcke, Friedrich, Teuscher. Der Sonntags-Spielplan bringt nachmittags 3½ Uhr die Operette „Wiener Blut" als Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen, abends 7½ Uhr wird d'Alberts „Tiefland" zum 25. Male wiederholt. Die Besetzung der Hauptpartien ist die gleiche wie bei der ersten Aufführung. Eine Wiederholung von Richard Wagners „Tannhäuser" ist auf Montag angesetzt. — In Vorbereitung befindet sich das Lustspiel „Perleberg" von Karl Sternheim und die Oper „Die verkaufte Braut" von Smetana.

In der Luther-Gedächtnis-Ausstellung wird am Sonntag Herr Stadtsuperintendent Wächtler über „Luther und seine Deutschen" um ½12 Uhr vormittags sprechen. — Dieser Sonntag ist übrigens der Schlußtag der Ausstellung, die an diesem Tage von 11 bis 4 Uhr geöffnet ist. —

Aus der Provinz.

Bergarbeiterlöhne im mitteldeutschen Kohlenbergbau.

In letzter Zeit begegnet man in der den Unternehmern nahestehenden Presse vielfach Auslassungen über die „hohen Kriegslöhne" der Arbeiter. Man will durch diese Notizen das Augenmerk von den fabelhaften Gewinnen der Kriegsindustrie ablenken und der Arbeiterschaft die Schuld an den bestehenden Verhältnissen zuschieben. Auch die Unternehmer der Braunkohlenindustrie verfahren nach diesem Rezept und begründen die Kohlenpreiserhöhungen mit den „großen" Lohnsteigerungen im Braunkohlenbergbau. Dabei setzen gerade diese Herren durch ihre Organisationen jeder geringen Aufbesserung der Lebensverhältnisse der Belegschaften den allerschärfsten Widerstand entgegen. In Eingaben an die Kriegsamtstelle suchen sie es so darzustellen, als wenn die auskömmlichsten Löhne gezahlt würden und die Arbeiter auch bestehen könnten, wenn nicht die Organisationen der Arbeiter fortwährend auf Erhöhung der Löhne dringen würden.

Wie wenig auskömmlich die Löhne der Arbeiter sind, zeigt nachstehende Aufstellung:

Im 2. Quartal 1917 verdienten im Braunkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirks Halle die Arbeiter folgende Löhne:

Kategorie	Zahl	% der Gesamtbelegschaft	Durchschnittslohn auf eine Arbeitsstunde
Eigentl. Bergarbeit. (unterirdisch)	3122	9	68,7 Pfg.
Eigentl. Bergarbeit. (Tagebau)	7214	20,8	50,9 „
Sonst. Bergarbeiter (unterirdisch)	1734	5	54,0 „
Sonst. Bergarbeiter (Tagebau)	2428	7	47,9 „
Tagesarbeiter	13007	37,5	47,8 „
Jugendl. Arbeiter (unter 16 Jahren)	1769	5,1	26,3 „
Arbeiterinnen	5414	15,6	33,2 „
Gesamt	34685	100,—	47,5 Pfg.

Trotz des Umstandes, daß der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau zu dem ertragreichsten Zweige des deutschen Bergbaues zählt, ist der durchschnittliche Stundenverdienst der niedrigste von allen Revieren, da die durchschnittliche Arbeitsdauer einer Schicht größer ist als in Niederschlesien und im linksrheinischen Erzbergbau. Einen Durchschnittsstundenlohn von 47,5 Pfg. kann man wirklich nicht als einen Kriegslohn bezeichnen. Ein solcher Lohn reicht nicht aus, um in der heutigen Zeit die Lebensbedürfnisse befriedigen zu können und bedeutet eine Gefahr für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit dieser Arbeiterklasse. —

Eisleben. Brennspiritus für Minderbemittelte. In Kürze sollen für den Monat November Marken zum Bezug von je 1 Liter Brennspiritus zum Preise von 55 Pfg. zur Verteilung kommen. Die Minderbemittelten des Kreises, die Anspruch auf den Bezug von Spiritus zu haben glauben, wollen ihren Bedarf sofort bei der Ortsbehörde anmelden. —

— Schwindlerin. Ein Mädchen aus Berlin überbrachte vor einigen Tagen angeblich Grüße zu einer hier wohnenden Frau, deren Mutter in der Halleschen Klinik krankheitshalber aufgenommen ist, und teilte mit, daß die Operation noch auf einige Tage verschoben sei **und daß** die Mutter um einige Lebensmittel bitten lasse. Die Frau übergab auch dem Mädchen 10 Mark, um dafür Lebensmittel für die Erkrankte einzukaufen. Dieses, das nun einige Tage bei der Frau verweilte, benutzte die Gelegenheit, Kleidungsstücke und Wäsche von erheblichem Werte zu stehlen. Ferner stahl es der Frau 100 Mark, die in der Kommode aufbewahrt wurden, und einer andern, in demselben Hause wohnenden Frau einen Kostümanzug von hohem Werte. Als die Frau ihrer erkrankten Mutter in Halle einen Besuch abstattete, mußte sie wahrnehmen, daß sie einer großen Schwindlerin in die Hände gefallen war, denn die Erkrankte hatte niemand beauftragt, Grüße zu überbringen. —

Könnern. Rücktritt vom Amte. Bürgermeister Winter, der seit etwa 10 Jahren hier amtiert, hat, da er seit längerer Zeit krank und nach ärztlichem Gutachten seine baldige völlige Wiederherstellung nicht zu erwarten ist, seine Versetzung in den Ruhestand nachgesucht und erhalten. —

Merseburg. Achthundert Mark für einen Liter Olivenöl! Gegen den frühern Gastwirt Hugo Praetorius aus Schandau waren zwei Strafbefehle ergangen, und zwar über 50 Mark wegen Nichtanmeldung von ungefähr 10 Liter Oel, und über 1000 Mark, weil er an die Verwaltung des Kriegsgefangenenlagers in Merseburg das Liter Olivenöl zum Preise von 500 bis 800 Mark angeboten hatte. Gegen die Höhe des Urteils hatte er Berufung eingelegt, und so kam die Sache jetzt vor das Schöffengericht in Halle. Dabei ergab sich, daß P. dieses Oel zum Preise von 8 bis 10 Mark eingekauft und nach dem Gutachten des Sachverständigen höchstens 40 Mark hätte verlangen können. Daraufhin führte der Amtsanwalt aus, daß bei derartigen fabelhaften Preisforderungen, die wirklich als Kriegswucher zu bezeichnen sind, mit aller Strenge vorgegangen werden müsse, weshalb die Strafe von 1050 Mark eher zu niedrig als zu hoch sei, und von einer Herabsetzung könne keine Rede sein. Das Gericht schloß sich dem an und verurteilte P. zu 50 Mark wegen Unterlassung der Anmeldung und zu 1000 Mark Geldstrafe wegen übermäßiger Preisforderung, im Nichtvermögensfall für je 10 Mark 1 Tag Gefängnis. —

— Beim Verkauf von Bücklingen, der dieser Tage stattfand, war die Zahl der vorhandenen Bücklinge so gering, daß nicht der zehnte Teil der erschienenen Käufer befriedigt werden konnte. Durch das dabei entstandene Gedränge wurde in einem Geschäft die Ladeneinrichtung beschädigt, in einem andern Geschäft stahl man außerdem noch verschiedene Lebensmittel. —

— Städtische Darlehen. Zur Erleichterung der Eindeckung mit Kartoffeln gewährt die städtische Sparkasse von jetzt an gegen Hinterlegung von Wertpapieren Darlehen, die in kleinen Beträgen wieder zurückgezahlt werden können. —

Naumburg. Zur Nahrungsmittelversorgung. Da bei der Entnahme von Speisefett die gegebenen Vorschriften nicht mehr beachtet werden, ist zunächst angeordnet worden, daß auf abgeschnittene Speisefettmarken nichts mehr abgegeben werden darf. Hilft diese Maßnahme nicht, dann muß das Bestellverfahren (Kundenliste) eingeführt werden. — Vielfach haben in letzter Zeit die Verbraucher versäumt, ihren Wurstbedarf in den Wurstverkaufsstellen rechtzeitig anzumelden. Sie können das bei der Hauptmarkenstelle im alten Luisenschulgebäude nachträglich noch tun. Dort bekommen sie gegen Ablieferung der jeweilig geltenden Wurstmarken einen Bezugsschein, für den jedoch 50 Pfg. Gebühren erhoben werden, gewissermaßen als Strafe für die Säumigkeit. —

Querfurt. Bei den Stadverordnetenwahlen, die am Dienstag stattfanden, wurden auf 6 Jahre gewählt: von der 3. Abteilung Tischlermeister Theodor Schumann und Amtsgerichtsassistent Vollmar; von der 2. Abteilung Apothekenbesitzer Leo Jahn und Kreisausschußsekretär Bernhard Weber; von der 1. Abteilung Bankier Oskar Sigleur und Dr. med. Wilhelm Breede. Außerdem wurde von der 3. Abteilung bis 31. Dezember 1919 Vorschußvereinskassierer Mar Handke gewählt. —

Weißenfels. Einbruchsdiebstahl. Nachträglich wird von der Polizei gemeldet, daß während der Nacht zum 22. Oktober im Restaurant „Zu den Kastanien" ein Einbruch verübt worden ist, wobei den Dieben nachstehende Gegenstände in die Hände fielen: zwei Billardbälle, eine Geige, zwei Paar hohe Damenschuhe, ein Paar niedrige Damenschuhe, eine weiße Barchentjacke, eine blaugedruckte Schürze, ein Schreibzeug, vier Margarine- und vier Seifenkarten, eine schwarze Hose, drei Paar Frauenstrümpfe und verschiedene Eßwaren. —

Zeitz. Krankensemmeln aus Weizenauszugsmehl werden nur gegen einen vom Magistrat ausgestellten Krankenschein bei folgenden Bäckern abgegeben: Paul Albrecht, Scharrenstraße; H. Musgiller, Altenburger Straße; W. Starke, Geraer Straße 21; R. Heymer, Wasserberg; A. Böttger, Neumarkt; Konsum- und Produktiv-Verein Zeitz. —

— Billigere Wurst. Der Preis für 1 Pfd. Schwartenwurst ist auf 1,20 Mark ermäßigt worden. —

Aus der Parteibewegung.

Die Organisationen über den Parteitag.

Am Sonntag nahmen die Kreisorganisationen des 15. (Mittweida-Limbach) und des 20. sächsischen Reichstagswahlkreises (Zschopau-Marienberg) Stellung zu den Verhandlungen des Würzburger Parteitags. Der 15. Wahlkreis erklärte sich mit den Beschlüssen des Parteitags einverstanden und billigte im besondern die Haltung des Delegierten, der auf dem Standpunkt der Resolution Löbe steht. — Im 20. Wahlkreis berichtete Genosse Uhlig (Ehrenfriedersdorf), der zur erweiterten Minderheit gehört und im ganzen genommen mit dem Parteitag nicht zufrieden ist. Er betonte aber, daß er die Einheit der Partei hochhalte. Die Spaltung sei tief bedauerlich und werde in ihren Wirkungen für die Arbeiter verhängnisvoll sein, als der Zwist leider auch in die Gewerkschaften getragen würde. Es setzte eine lebhafte Diskussion ein, nach welcher der Vorsitzende des Kreises feststellte, daß der 20. Wahlkreis fest zur Gesamtpartei stehe.

Die Kreisgeneralversammlung für den Wahlkreis Saarbrücken wurde am Sonntag in Saarbrücken abgehalten. Den Bericht vom Parteitag in Würzburg erstattete der Vorsitzende, Genosse Schäfer. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen und die Beschlüsse des Parteitags gutgeheißen.

Die Danziger Parteiorganisation nahm am 4. November den Bericht vom Würzburger Parteitag von ihrem Vertreter, Genossen Julius Gehl, entgegen. In der ergiebigen Aussprache wurden die Parteitagsbeschlüsse anerkannt und einstimmig faßten die Versammelten einen Entschluß, in dem sich die Versammlung mit den Beschlüssen des Parteitags und den Abstimmungen seines Delegierten einverstanden erklärt. Insbesondere begrüßt sie die Beschlüsse, die eine praktische Mitarbeit an der Demokratisierung Deutschlands und der Sozialisierung unsrer Gesellschaft ermöglichen. Auch sie wünscht eine baldige einige Arbeiterbewegung. —

Gegen den Belagerungszustand. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Breslau beschloß angesichts der wachsenden Zahl der Versammlungsverbote auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung die Frage zu stellen, ob zum Protest alle Ehrenämter in der Kriegsfürsorge und der Kriegswirtschaft niedergelegt werden sollen. Beitragseinnahmen und Mitgliederstand sind in Breslau weiter in starker Zunahme. —

Gegen wen arbeiten die Unabhängigen"? Am Sonntag vormittag sprach in einer öffentlichen Versammlung in Köln der „unabhängige" Sozialist Dr. Erdmann über das verheißende Thema „Wie lange noch?" Die Versammlung hatte aber keinen andern Zweck, als die Wahl unsrer drei Kandidaten bei den bevorstehenden Kölner Stadtverordnetenwahlen zu hintertreiben. Man sprach ihnen, da sie „burgfriedlich" in den Rathaussaal infolge des Angebots des Zentrums und der Liberalen einzögen, das Recht ab, sich als Vertreter der Sozialdemokratie zu bezeichnen, deren Grundsätze sie seit dem 4. August 1914 verraten hätten. Da die „Unabhängigen" wegen des Belagerungszustandes in keinen Wahlkampf eintreten könnten, so würden sie ihren Anhängern Stimmenthaltung empfehlen. — Diese Entschließung ist darum besonders charakteristisch, als sie gerade nach einem Referat Dr. Erdmanns angenommen wurde, der selbst dreimal die Kredite bewilligte, ehe er darin einen „Verrat" sah. Die „positive Arbeit" der „Unabhängigen" beschränkt sich darauf, praktische sozialistische Tätigkeit nach Kräften zu verhindern. —

Freisprechendes Urteil in einem Flugblattprozeß. Die Frau Marie Buchmann ist Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen in Kaulsdorf bei Berlin. Sie ist auch Mitglied mehrerer Lebensmittelkommissionen der Gemeinde. Eines Tages herrschte im Dorfe, insbesondere unter den Arbeiterfrauen, große Erregung über die Herabsetzung der Kartoffelration. Da aus ähnlichem Anlaß früher bereits Tumulte im Dorfe stattgefunden haben, hielt Frau Buchmann die Einberufung einer Versammlung für nötig, um beruhigend auf die aufgeregte Bevölkerung zu wirken. Sie verbreitete auch hektographierte Einladungszettel. Da diese Verteilung der Zettel gegen eine Verordnung des Oberkommandos in den Marken verstieß, erhielt Frau B. ein Strafmandat über 20 Mark. Das Schöffengericht Lichtenberg erkannte auf Freisprechung, gegen die der Staatsanwalt Berufung einlegte. Frau B. hatte sich daher am Montag vor der 1. Strafkammer des Landgerichts 3 Berlin zu verantworten. Der Gemeindevorsteher und der in Kaulsdorf stationierte Gendarmeriewachtmeister bekundeten als Zeugen, Frau B. habe insbesondere auf die Arbeiterbevölkerung in Kaulsdorf großen Einfluß. Sie habe auch in der Versammlung auf die Anwesenden sehr beruhigend gewirkt, so daß der befürchtete Tumult nicht vorgekommen sei. Die Versammlung sei völlig ruhig verlaufen. Der Staatsanwalt hielt trotzdem die Anklage aufrecht, beantragte jedoch, die Strafe auf 5 Mark herabzusetzen. Der Gerichtshof sprach die Angeklagte frei und legte die Kosten des Strafverfahrens der Staatskasse auf, da nicht nachgewiesen sei, daß die Angeklagte die Verfügung des Oberkommandos gekannt habe. —

Die **„Volksstimme" für Altena-Iserlohn** teilt mit, daß sie als tägliches Organ zu erscheinen aufhört. Sie werde in Zukunft nur noch einmal wöchentlich herauskommen, aber alsbald nach Friedensschluß bemüht sein, mit neuen Kräften in den Kampf für die Sache der Arbeiterschaft einzutreten. —

Zehnjähriges Bestehen des Essener Parteiblattes. Die Essener „Arbeiter-Zeitung" feierte am 1. November ihr zehnjähriges Bestehen. Sie bringt aus diesem Anlaß einen Gedenkartikel, der wehmütig der Parteispaltung und des Todes ihrer besten Vorkämpfer, der Genossen Wilhelm Ostkamp und Otto Niebuhr, gedenkt. Sie spricht aber gleichzeitig ihre Ueberzeugung aus, daß die Reihen des Proletariats sich wieder schließen werden. Ungeduld, den Frieden zu erzwingen, zu einer Zeit, in der er noch nicht erzwungen werden konnte, haben unsre Reihen zerrissen, aber gerade die kapitalistische Entwicklung während des Krieges wird sehr bald die Arbeiter zum Zusammenschluß im leidenschaftlichsten Kampfe für ihre Interessen zwingen. In dieser Ueberzeugung hoffe auch die Essener „Arbeiter-Zeitung" auf weitere lohnende Aufgaben der Arbeit. —

Gewinnauszug der 10. Preußisch-Süddeutschen (236. Königlich Preußischen) Klassenlotterie

5. Klasse 1. Ziehungstag 8. November 1917

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr A. St.-A. f. Z.) (Nachdruck verboten)

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 Mk. gezogen: 2 Gewinne zu 10 000 Mk. 54098

6 **Gewinne zu 5000 Mk.** 116100 167613 218233

88 **Gewinne zu 3000 Mk.** 2591 13588 17924 18241 19793 28444 28536 37246 37529 52737 56899 58626 62033 67625 71935 76412 79208 81393 90895 93462 97202 99146 101286 117378 141375 146680 150208 151360 154410 158657 159815 172355 172563 189976 195133 198981 217098 220294 225605 226858 227346 228279 231518 231599

142 Gewinne zu 1000 Mk. 674 1915 4487 12219 14113 19834 26683 29000 32306 34358 36471 42109 42196 43804 44356 46551 50840 50872 56197 56993 59995 63719 68258 72237 74106 74197 77532 87409 87745 87851 90540 90614 91047 91321 96622 101485 106260 123798 124228 124441 127882 129243 130219 133283 137629 138989 141184 161571 161706 162405 167724 175389 175868 177314 178922 188917 192046 198393 201462 201580 205810 206874 208407 210413 210550 211841 212387 215596 220067 224005 227295

214 Gewinne zu 500 Mk. 1657 4047 4781 5955 7942 10535 12558 13818 14924 16081 16307 17441 19372 19507 23970 29594 31160 32332 36722 42026 44516 47645 47710 56188 56786 56934 58674 58311 61362 62745 63884 64223 69552 69837 73552 75465 76420 80874 81629 82988 84498 89209 91188 95308 95934 96566 96605 97168 99448 102735 104153 106696 107013 107855 108101 110424 111846 113650 114602 116361 117855 120383 120826 126831 130784 134321 140730 143681 144803 148733 149585 153628 162232 162294 164999 165712 167081 167686 171468 172900 175039 175904 183194 189912 191925 194927 195239 195446 195817 196916 197093 201928 202879 209396 211816 211835 212050 213800 215373 215781 216943 217105 217627 223155 224443 230355 231420

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 Mk. gezogen:

2 **Gewinne zu 60 000 Mk.** 90754

2 Gewinne zu 50 000 Mk. 77693

2 Gewinne zu 30 000 Mk. 69772

2 Gewinne zu 10 000 Mk. 37348

2 **Gewinne zu 5000 Mk.** 142139

58 Geinne zu 3000 Mk. 23868 34026 37192 45879 55409 66550 67359 81591 84010 90566 105063 108080 115215 115794 121629 127051 139603 142299 143924 148758 159870 166430 169217 174035 192749 193720 194165 208752 231605

154 Gewinne zu 1000 Mk. 1509 1931 4282 6726 7700 8453 10212 10552 16940 18421 28579 29679 34087 36888 39104 42898 45394 48520 53281 55359 57542 57736 59037 63363 65155 73970 75425 80112 84032 84952 87680 89976 93020 106852 109258 110552 111806 120282 123701 127349 128397 129256 130421 136372 136701 142906 143689 144946 145731 149987 151696 157633 67482 168975 171257 176795 177220 179827 181236 183883 188008 189472 191243 198924 199249 201169 205178 205619 208930 210256 215269 215514 217196 223980 232271 232584

220 Gewinne zu 500 Mk. 1142 2670 9207 10552 11460 14912 19890 20343 21559 22115 22493 23168 26849 27023 29276 34629 36130 37746 38536 38665 40648 42165 48111 48967 52871 57487 58644 60056 61255 61288 62692 63944 66640 68711 72705 74924 74955 77838 78260 81202 81536 82067 82823 86415 86494 87907 91248 91964 93666 93941 97520 99759 100142 100374 102447 104488 112801 119628 120301 121203 121821 121398 126907 127824 132145 132929 135142 140132 140149 140317 140684 140885 146024 148647 151015 157646 158393 161358 164561 165015 165900 166386 166880 169925 172543 173616 174003 174854 179546 182765 185794 188376 193729 196733 197473 199629 201066 204638 210455 213223 215628 218290 220364 220459 220588 224144 225045 227858 228690 229224

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171109-13/fragment/page=0006